SDS

ALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand Tel.o611/77 6o 68

Postscheck Ffm.31607
Dresdner Bank 282427

SDS INFO 4

25.1.69

Kommunikation und konkrete Zusammenarbeit zwischen den Gruppen

Der INFO war dazu bestimmt, über die Verbesserung der Information zwischen den Gruppen auch neue Formen der Zusammenarbeit in der konkreten Arbeit zu finden. Dazu war geplant, Berichte und Ansätze zu Analysen, Diskussionsergebnisse, der kleineren Gruppen im INFO zu veröffentlichen. Ganz abgesehen davon, daß mittlerweile die Arbeit an den Universitäten und an den übrigen Bereichen so umfangreich geworden ist, daß der INFO allein hierüber nicht mehr umfassend informieren kann, abgesehen auch davon, daß die Berichte von den Diskussionen und Problemen in den Star-Gruppen wie Frankfurt oder Berlin für die Arbeit in den anderen Gruppen mitbestimmend sind, wird es notwendig, daß gerade die kleineren Gruppen an den reaktionären Universitäten im INFO die Möglichkeit wahrnehmen, ihre Probleme darzustellen und mit anderen Gruppen zu diskutieren. Praktisch bedeutet das, daß die kleinen Gruppen ihre Arbeit in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen organisieren, wie das in der letzten Woche in Heidelberg zusammen mit Marburg, Tübingen und Frankfurt geschehen ist. Wir können zwar nur an die Gruppen appellieren, uns die Flugblätter und Gruppenpublikationen zuzusenden und uns eine Auswahl zur Veröffentlichung zu gestatten; wir können auch durch unsere Besuche in den Gruppen die informellen Kontakte zwischen den Gruppen verbessern, Diskussionen anregen, können selbst analysieren, weil wir einen größeren Überblick über die Arbeit an den verschiedenen Orten haben etc. Das alles aber bleibt ohne längerfristige organisatorische Wirkung, gelingt es uns nicht, zwischen den Gruppen so etwas wie konkrete Zusammenarbeit bei Aktionen, Kampagnen etc. zu erreichen. An dieser Zusammenarbeit können wir uns zwar beteiligen, wir können sie aber nicht tragen. Alles, was wir in dieser Hinsicht erreichen können, ist, die informellen Kontakte zwischen den Gruppen beispielsweise über das Telefon zu verbessern. Es wäre sehr sinnvoll, würden wir hier oft angerufen; wir können dann sehr schnell die richtigen Leute aus den Gruppen einschalten und so eine überregionale Zusammenarbeit einleiten. Also BITTE, TELEFONIEREN! Das macht Spaß - die ASten bezahlen unheimlich gern endlose SDS-Gespräche!!

Ende Januar wird der BV die Gruppen Göttingen, Hannover, Hamburg, und Kiel heimsuchen, weiter werden wir Anfang Februar in München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg-Erlangen diskutieren, und in Würzburg auch.

FINANZEN :

Unsere Appelle an die Gruppen, uns doch freundlichst die Beiträge zu schicken, haben mit einigen Ausnahmen (Hamburg 7oo.- München, 1oo.-) nichts erbracht. Unsere Finanzlage wird schlechter und schlechter. Einige Gruppen haben begonnen, auf jeder Versammlung, die sie durchführen, zu sammeln. Sie haben darüber hinaus zum Teil die Finanzierung des INFO übernommen. Sie ziehen nicht nur die Produktionskosten von einer Mark für den INFO ein, sondern darüberhinaus Geld, das uns zur Produktion zur Verfügung gestellt wird. Von Anfang Februar an stehen uns wahrscheinlich auch zwei Filme zur Verfügung, die wir herumschicken können, um damit Geld zu verdienen. Wir können nur hoffen, daß die Gruppen irgendwann einmal beginnen, ihre Beiträge einzuziehen. Wir werden in Zukunft konkrete Projekte zur Finanzierung an die Gruppen übergeben. So übernimmt die Gruppe Frankfurt beispielsweise die Finanzierung des nächsten INFO; das muß Schule machen. Der SDS soll leben, die Revolution wird siegen!

Der BV besteht im Augenblick aus Knapp und Behnken; Wolff (Herr Dr.) ist nach einem schweren Autounfall vorübergehend ausgefallen; Becker war bis gestern im Knast, und Mangold sitzt noch immer. Trotzdem Venceremos.

*

Wichtige Termine !

Seminar zum Publikationswesen: 1., 2. Februar 69 FRANKFURT

(nk - Reorganisation, Agentur der SDS-Produzenten, Studentenverlage)

==========

Seminar zum Internationalismus: 1., 2. Februar 69 HAMBURG

(konkreter Internationalismus, MPLA, Griechenland, Kuba, Vietnam)

==========

Seminar zur BUWE : 14., 15. 2. 69 HAMBURG

////====////====////====////====////====////====

Regionalseminar Pädagogik: 8.,9. Februar 69 HAMBURG

U N D D E R T I P D E S M O N A T S:

15. März - BERLIN P r ä s i d e n t e n w a h l

Nicht vergessen!

Oberbaumpresse Berlin

OBERBAUMVERLAG PETERMANN & Co.
1 BERLIN 21 BUNDESRATSUFER 1
TEL. 0311/3904427

André Gorz: Ein Anfang - der Pariser Mai
Reform und Revolution
Übersetzt und herausgegeben vom Kollektiv der Ad-hoc-Gruppe der Romanisten an der FU DM 2.9o

BIAFRA - Bürgerkrieg der Ölkonzerne
Redaktion: Rosemarie Jacob-Baur DM 1.9o

FIDEL CASTRO, Analyse der Ereignisse in der CSSR (Fernsehrede) Herausgegeben als Arbeitsheft vom BV des SDS. Vorwort Rabehl DM 2.5o

SHOP STEWARDS UND ARBEITERKONTROLLE. Bearbeitet und herausgegeben von der Basisgruppe Berlin-Wedding. ca.DM 3.5o

CSSR - sozialistische Opposition auf dem Boden des Sozialismus ca.DM 2.5o

AMILCAR CABRAL. X 2.9o Die Theorie als Waffe . Der revolutionäre Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Afrikas. Vorwort und Übersetzung Peter Meyns und Wolfgang Schweidrzik.

Oktoberrevolution X 3.-. Lenin, Aprilthesen. Trotzki, Die Lehren des Oktober. Preobraschenski, Die neue Wirtschaftspolitik. Vorwort Rabehl.

Black Power X 2.9o. Dokumentation. Reden von Stokely Carmichael, Rap Brown, Malcolm X. Übersetzung, Vorowrt, Anhang, Herausgabe durch Arbeitskollektiv Baur, Dutschke, Hammer, Hoornweg, Petermann.

Che Guevara X 1.9o. Schaffen wir zwei, drei, diverse Vietnam. Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL. Vorwort und Übersetzung von Gaston Salvatore und Rudi Dutschke.

Revolte der Arbeiter X 3.-. Einkommenspolitik - antigewerkschaftliche Gesetzgebung - Shop Stewards. Von Tony Cliff und Colin Barker. Vorwort Basisgruppe Moabit und Projektgruppe Räte.

X - Deutsche Erstausgabe

außerdem gibt's in West-Berlin
KL-Info 1 der Sozialistischen Kinderläden West-Berlins.
Bestellung: L. v. Werder 1 Bln. 30
Regensburger Str. 5a

BERLIN : DER STREIK ROLLT ! LASSEN WIR IHN WEITERROLLEN,
BIS DIE EINHEITSFRONT VON SENATS - UND UNIVERSITÄTS-
BÜROKRATIE ENDGÜLTIG AUSEINANDERBRICHT !

Der Kampf der Berliner Genossen, die sich in ad hoc-Gruppen, Streikräten und Projektgruppen zur Vorbereitung von Aktionen in der Stadt organisiert haben (eine punktuell sich ergebende Organisationsform - die zentrale Reorganisation des SDS ist in Westberlin noch nicht recht gelungen), zeichnet sich in den letzten Tagen durch eine große Vielfalt der Aktionen aus; freilich blieb die Universität der entscheidende Auseinandersetzungsbereich. Die Aktionen in der Stadt (Rosa-Karl-Demonstrationen, Aktionen gegen die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft und in der Schaubühne) waren allerdings nicht sehr mit dem Kampf in der Universität vermittelt. Sie hatten eher die Funktion der elastischen Konfrontation mit der Staatsgewalt und haben - trotz einiger unreflektierter Einzelaktionen - positive Momente einer flexiblen direkten Aktionstaktik gezeigt, die die Ohnmacht der massenhaft und an den falschen Orten versammelten Polizei vorzüglich entlarvte.

Daß die SED-West einen eigenen Demonstrationszug organisierte ("beispielhaft diszipliniert" - DIE WAHRHEIT), hat zwar einerseits die Fronten ein wenig geklärt, andererseits aber erneut deutlich gemacht, daß der SED-West die Diffamierung der radikalen Linken als Preis für die Anbiederung ans System nicht zu hoch ist.

An der FU ist eine stetige, wenn auch nicht rapide Ausbreitung der Revolte zu beobachten. Relevante Gruppen der Kliniker, der Mathematiker haben den Streik beschlossen. Die Philosophische Fakultät und die WiSo-Fakultät ist praktisch völlig bestreikt. (Hin und wieder rettet sich ein Professor in irgendwelche Privatgemächer mit einem verlorenen Haufen von "Studierwilligen"). Die Juristische Fakultät ist geschlossen.

Augenblicklich ist die Auseinandersetzung durch Streikurabstimmungen, durch die Wahl der studentischen Institutsratsvertreter am OSI ("Wählt ad hoc en bloc") und durch radikale Blockierungsaktionen charakterisiert.

Allerdings hat die harte Konfrontation an der Seminartür nicht selten verhindert oder erschwert, daß sich das Bewußtsein unter den Studenten von der Notwendigkeit des Widerstands gegen politische Disziplinierung und Fachidiotie massenhaft entwickelt. Auch die Konkretisierung einer langfristigen revolutionären Berufsperspektive hat sich als nicht so einfach herausgestellt, obwohl sowohl bei den Germanisten als auch bei den Soziologen und Politologen gute Ansätze sind. (Die Strategie "Erlernt den Beruf im Klassenkampf" haben die Berliner Genossen im übrigen konkretisiert in der Schrift: "Die Verschwörung des Berliner Senats gegen die Studenten", Autorenkollektiv Asta und SDS, zu haben beim BV für DM 1.5o).

Der Widerstand hat sich angesichts der Eskalation der Uni- und Senatsbürokratie konsolidiert: Die Jur-Fak wurde geschlossen, 2 Genossen (Juristen) wurden fürs SS 69 relegiert. Polizei im Astronauten-Look ist ständig auf dem Campus im Einsatz.

Die Isolierungs- und Befriedungsraktik fällt auf ihre Urheber zurück. Letzte Meldung: Die WiSo-Fak hat in einer schriftlichen Abstimmung den Streik beschlossen.

BERLIN: D O K U M E N T A T I O N

RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

Angesichts der Tatsache, daß durch die 14 Relegationsverfahren und die gleichzeitig dekretierte Hausordnung der Versuch unternommen wird, die Demokratisierung der Hochschule und die Befreiung der Wissenschaft von kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungszwängen durch die Disziplinierung derjenigen, die an hervorragender Stelle praktisch politisch gearbeitet haben, zu verhindern und durch eine technokratische Reform zu ersetzen;

Angesichts der Tatsache, daß zur Durchsetzung dieser technokratischen, dem Kapital zuarbeitenden Reform die Universitätsbürokratien und die staatlichen Institutionen dann in notwendiger Konsequenz mit faschistischem Polizeiterror und Vorbeugehaft wie in Heidelberg zuzuschlagen versuchen, wenn wir unsren Widerstand ihnen entgegenstellen;

beschließt die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät:

1. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Rücknahme der Relegationsverfahren und zur Streichung der Hausordnung aus dem Universitätsgesetz den unbefristeten Streik.

2. Die Vollversammlung fordert auf, in den einzelnen Fächern und mit den dort bestehenden ad-hoc-Gruppen den Streik ab morgen praktisch durchzusetzen;
und gleichzeitig die notwendige Diskussion um die zukünftige Berufspraxis zu führen, um nicht nach einem luxurierenden "linken" Studium den späteren Anpassungszwängen zu erliegen.

3. Fordert die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät alle Studenten dieser Fakultät auf, den Konventsbeschluß zur Urabstimmung nicht aufzuheben.

4. Fordert die Vollversammlung den Abzug der Polizei vom Campus und damit die Aufhebung der staatlichen Kontrolle. Wir werden die geeigneten Maßnahmen unternehmen, die sich in dem Maße in ihrer Militanz steigern werden, wie sich Universität und Senat weigern, unsere Forderungen zu erfüllen.

Berlin 33, 13.1.1969

BERLIN : D O K U M E N T A T I O N - EIN FLUGBLATT

Der Streik läuft und läuft und läuft .....

Nach einem etwas müden Anlauf, während dem Streikbeschlüsse in vielen Instituten und Fakultäten gefaßt, aber nicht durchgeführt wurden, ist es gestern gelungen, den Streik in einem etwas größeren Ausmaß durchzuführen und inhaltlich zu füllen.

Vom Rektorat verlautete gestern abend, daß der Lehrbetrieb an der FU nicht mehr länger als ungestört zu betrachten sei.
Der Lehrkörper der Juristischen Fakultät - verärgert durch die "weiche Politik" des Senats - beschloß, den Lehrbetrieb an der Juristischen Fakultät bis zum 21.1.1969 einzustellen.

Die Einheitsfront von Senats- und Universitätsbürokratie scheint - angesichts einer langsam sich vergrößernden Solidaritäts- und Streikwelle - auseinanderzubrechen (Anfrage des CDU-Abgeordneten Werth im Abgeordnetenhaus: Glaubt der Senat immer noch, der radikale Kern der Studenten-

schaft isoliere sich und die Universität helfe sich selbst?). Was ist passiert? Wieweit ist der Streik an der FU gediehen?

Wi-So-Fakultät: Exemplarisch für Organisation und Durchführung ist der Streik am Dienstag an der Wi_So verlaufen. Nach dem Streikbeschluß der VV am Montag begann man am Dienstag vormittag, systematisch die Stühle aus den Hörsälen in den Flur der Wi-So zu räumen und die Tische als Barrikaden vor die Türen zu bauen. Auf dem Flur begann man dann, ein Teach-In über die Inhalte des Streiks, in das man alle diejenigen, die zu Lehrveranstaltungen wollten, mit einbezog.

Dieses Verfahren erwies sich als sehr geeignet, den Beschluß der Wi-So-VV, den Streik "gewaltlos" durchzusetzen, zu entsprechen. Bei diesem Verfahren durfte deutlich werden, daß, wenn es hierbei zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kommt, diese von den reaktionären Studenten ausgehen.

Jur-Fak-: An der Juristischen Fakultät wurden die wichtigsten Lehrveranstaltungen (die Klausurübung von Professor Quaritsch beschloß man,nicht zu verhindern) durch Go-ins und Diskussionen mit den Teilnehmern verhindert, wobei es teilweise zu handfesten Auseinandersetzungen mit den Rechten kam.

OSI: Am Otto-Suhr-Institut tagte ab 13.3o Uhr der Streikrat, der seine Sitzung in ein Sit-in in der Vorhalle des OSI überführte und damit alle Lehrveranstaltungen - bis auf zwei - verhinderte.

Phil-Fak: Bei den Germanisten wurden die Lehrveranstaltungen fast vollständig verhindert. Ausnahme: Professor Lämmert, der seine Vorlesung eine Zeit lang in der Vorhalle des Henry-Ford-Baues fortführte.

Publizisten: Im provisorischen Institutsrat der Publizisten erklärte der Institutsdirektor Pröss: "Für uns findet die Hausordnung keine Anwendung." Auf die Frage, was er tun werde, wenn das Institut bei Ordnungsverfahren übergangen werde, antwortete er: "Ich würde meine Arbeit niederlegen".
Lehrveranstaltungen fanden nach Beschluß der VV zu den normalen Terminen unter sich auf den Streik beziehenden Themenstellungen statt.

DER STREIK ROLLT ! LASSEN WIR IHN WEITERROLLEN, BIS DIE REINHEITSFRONT VON SENATS- UND UNIVERSITÄTSBÜROKRATIE ENDGÜLTIG AUSEINANDERBRICHT.

15.1.69 ASTA FU

BERLIN : STREIKBESCHLUSS WI-SO-FAK

Die von der Vollversammlung der WiSo-Fakultät den Studenten der WiSo-Fakultät zur schriftlichen Abstimmung vorgelegte Resolution hat den folgenden Wortlaut:

1. Die Studenten der WiSo-Fak. sehen sich in ihren Befürchtungen hinsichtlich ihrer existentiellen Bedrohung durch die Hausordnung bestätigt. Wie die Relegation des 1. Sprechers und Wahlsiegers der Jur.Fak., Christopher Hein, und des 2.Sprechers der Jur.Fak., Micheal Gesell, zeigt, ist die Senatsbürokratie entschlossen, die Reformkräfte in der Studentenschaft exemplarisch zu treffen.

2. Die augenblickliche Hausordnung verhindert die Reform von innen. Wir fordern daher die Einstellung der laufenden Verfahren und eine neue Haus-

ordnung auf der Grundlage des VDS-Entwurfs (von ASTA-FU und ASTA-TU miterarbeitet).

3. Wir fordern weiterhin alle Lehrenden dieser Universität auf, die Urteile des Beauftragten für das Ordnungsverfahren zu ignorieren und den betroffenen Studenten ein Weiterstudium zu ermöglichen.

4. Von den Dozenten unserer Fakultät fordern wir,

a) daß sie die Anwendung dieser Hausordnung an dieser Fakultät verhindern;
b) daß sie mit uns die Ablösung dieser Hausordnung verlangen.

5. Zum ersten Mal in der Geschichte der FU haben die Studenten der WiSo-Fak. mit ihrem konsequent durchgeführten Warnstreik eine geeignete Antwort auf die ständige Provokation von seiten der Universitätshierarchie und des politischen Senats gegeben.

6. Die Studenten der WiSo-Fak. beschließen daher, die WiSo-Fak. weiterhin gewaltlos und aktiv zu bestreiken. Auf Vollversammlungen werden die WiSo-Studenten jeweils die weiteren Maßnahmen zur Durchführung des Streiks beschließen. Die nächste Vollversammlung ist auf Freitag, den 24.1.69, 11.oo Uhr einberufen.

Die Abstimmungsfrage lautet: Stimmen Sie diesem Beschluß zu?

Die Vollversammlung stimmte am 21.1.69 mit 914 gegen 822 Stimmen schriftlich für diesen Beschluß.

BERLIN : D O K U M E N T A T I O N (Artikel aus dem FU-Spiegel, 15.1.)

"R E F O R M E R" ANSPRENGER DENUNZIERTE

Die Streikbewegung am OSI, durch einen Vollversammlungsbeschluß am 9.1. eingeleitet, ist bestimmt von den Konflikten um die Realisierung der Satzungsintention und des denunziatorischen Verhaltens der Professoren Ansprenger, Schwan u.a.

Die von der ad-hoc-Gruppe schon anläßlich der manipulativ gehandhabten Urabstimmungsfrage aufgewiesene Interessenidentität der sogenannten "Reformergruppe" unter den Profs mit den Bürokratien (die Argumentationskette für die Relegationsverfahren von Stein hätte von Schwans Mottenpostartikel stammen können) hat sich derweil materialisiert:

Der geschäftsführende Direktor Ansprenger hat Protokolle von Störungen seiner und anderer Lehrveranstaltungen an das Rektorat weitergeleitet - ohne daß ihm die von dort ausgesprochene "Empfehlung" zur Denunziation zu Ohren gekommen war. Die gegen Funke, Schweichel und Treulieb eingeleiteten Verfahren basieren auch oder primär auf diesen Protokollen, in denen immer dieselbe Gruppe von Genossen erwähnt wird, obwohl die Handelnden klar als Kollektiv aufgetreten sind.

Wir haben dann am Montag auf der Grundlage des Vollversammlungsbeschlusses Prof. Ansprenger von seiner Vorlesung ausgesperrt und nachmittags mit einer Anzahl von Zwischenprüfungsbedrohten das OSI-Direktorat besetzt. Diese Aktionen lassen sich unmittelbar vermitteln mit unserem Kampf im Institutsrat gegen die Hochschulstrategie der Bürokratien. Die Intention der Gruppe um Skuhr/Schwan/Grosser/Winkler manifestierte sich besonders krass in einer Vorlage zur Verschulung des sogenannten Grundstudiums, die unter dem Motto firmierte: Die ersten Jahre gehört der Stu-

dent dem System. Unsere Maßnahmen werden sich gegen diese Indoktrinationsstrategie wenden, indem wir auf allen Ebenen folgende Probleme zu Konflikten machen werden:

1. Das Recht auf studentische Seminarscheinvergabe;
2. Die Aufhebung der Prüfung durch die Arbeit begleitende Beratungen;
3. Die Neubestimmung der wissenschaftlichen Arbeit im Hinblick auf eine sozialkritische, kollektive Berufspraxis;
4. Die Auflösung der traditionellen Machtverhältnisse zwischen den "funktionalen Gruppen" - z.B. die Herauslösung der Assistenten aus dem paternalistischen Abhängigkeitsverhältnis, die Integration in einen dialektisch verstandenen Lehrbetrieb, der auch praktische Konsequenzen aus gewonnener Einsicht auszeichnen wird.

Wie werden die Profs auf dieses "Reformprogramm" reagieren? Die konsequente Infragestellung ihrer Machtherrlichkeit wird die Mehrheit dazu veranlassen, a) mit der Drohung, das OSI-Modell aufzukündigen, wenn es den "Gutwilligen" nicht gelänge, die Sozialisten irgendwie zum Schweigen zu bringen, ihre Diskussionsunfähigkeit und ihre Reformunwilligkeit zu kaschieren, einen Sündenbock zu kreiieren; b) weitere Relegationsverfahren in die Wege zu leiten. Wir werden in unserer Agitation diese Momente aufnehmen und gegen ihre Urheber wenden müssen. Wir werden vor allem den indifferenten Studenten demonstrieren müssen, daß

1. diese Facheinheiteneinteilung die bestehende Kommunikations- und Praxislosigkeit nicht aufgehoben hat;
2. das repräsentative System den Studenten als Alibi ihrer politischen Apathie gedient hat, daß Resignation nur durch Erfolge in einer wirklichen Veränderungsstrategie beseitigt werden kann und daß wir dazu solidarische Studien- und Berufsweisen konzipiert und ansatzweise realisiert haben.

Weiterhin werden wir das ausbauen, was in dieser Streikwoche andiskutiert wird: Die Herauslösung der Sozialwissenschaften aus dem ihnen zugedachten Repressionsapparat, die Aufhebung des geschickt aufgebauten Konkurrenzverhältnisses zwischen Politologen und Juristen durch gemeinsame Berufskollektive, die Unterstützung von politisch diskriminierten Aktivgruppen in der Stadt etc.

Zur umfassenden und materiell abgesicherten Vorbereitung und Organisierung dieser Vorhaben werden wir im SS 69 die Bildung einer sozialistischen Lehr- und Forschungsgruppe in Angriff nehmen, die als Klammer zwischen examensrelevanter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit konzipiert worden ist.

ad-hoch-Gruppe OSI

BERLIN : D O K U M E N T A T I O N (Ein Flugblatt)

DIE KÖPFE ROLLEN - HEIN UND GESELL RELEGIERT

Gestern (Montag) haben diejenigen Studenten etwas gelernt, die bisher argumentierten, die Lage sei gar nicht so ernst.

Zwei Relegationen (für ein Semester) und ein Verweis mit der Androhung des Ausschlusses von der FU sprach der Beauftragte für das Ordnungsverfahren Blaesing gestern aus. Die Maßnahmen trafen drei Kommilitonen von der juristischen Fakultät, gegen die noch die geringsten Anschuldigungen erhoben worden waren. Wir können uns also auf noch mehr gefaßt machen.

Diejenigen Studenten, die bisher argumentiert haben, die Lage sei gar nicht so ernst, werden also noch einmal überdenken müssen, was jetzt zu tun ist: genauer, was sie selbst tun wollen, nachdem sie bisher zwar den Streik beschlossen haben, zu seiner aktiven Durchführung jedoch wenig beigetragen haben. Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen:

1. Der Senat glaubt, für die bevorstehende Abgeordnetenhaus-Sitzung einige "Köpfe rollen" lassen zu müssen, damit die CDU die wochenlang verbreitete Senats-Mär von der "ruhigen" FU nicht allzu publikumswirksam zerpflücken kann.

2. Gleichzeitig mit seiner Eskalation des individuellen Terrors gegen willkürlich herausgegriffene Studentenvertreter betreibt der Senat die Annoncierung des kollektiven Terrors gegen alle Studenten. Gezielte Andeutungen von der Schließung der FU und der Annullierung des Semesters sollen eine breite Solidarisierung unterbinden.

Daraus folgt: Bereits bei den ersten Relegationen haben wir so zu antworten, daß keine weiteren Relegationen mehr stattfinden können. Daraus folgt weiter: Drohungen sind keine Drohungen mehr, wenn diejenigen, gegen die sie gerichtet sind, sich nicht bedroht fühlen. Wenn also der Senat droht, die FU zu schließen, dann müssen wir uns und dem Senat von vornherein klarmachen, daß wir unsere Universität dann eben wieder aufma-

==========

Die vollständige Relegationsbegründung gegen Hein und Gesell ist beim BV zu kriegen.

==========

chen werden. (Schließlich ist die FU vor zwanzig Jahren so entstanden). Wenn der ~~Streik~~ Senat die Schließung androht, um die SOLIDARISIERUNG per aktivem Streik zu verhindern, dann darf unsere Reaktion nicht sein, den Streik zu unterlassen. Unsere Reaktion muß vielmehr sein, uns während des Streiks bereits auf diese letzte Maßnahme des Senats vorzubereiten: indem wir diskutieren, wie unsere Universität in Zukunft aussehen wird. Das ist praktische Studienreform.

Die theoretischen Studienreformer werden eins reflektieren müssen: der Senat stellt uns die Machtfrage hier und heute. Darauf kann die adäquate Antwort nicht sein, das Betreiben von "kritischer Wissenschaft" langfristig vorzubereiten (und durch technokratische Satzungsmodelle abzusichern). Darauf muß unsere Antwort vielmehr sein, hier und heute erst einmal die Bedingungen wieder herzustellen, die vor dem Relegations-Vorstoß des Senats bestanden; nämlich Teilnahme aller Studenten (und gerade der kritischsten) an der hochschulpolitischen Auseinandersetzung. "Kritische Wissenschaft" vorzubereiten, nachdem die Träger der Kritik bürokratisch liquidiert worden sind, ist schlechterdings nicht möglich.

Warum nun ist der Streik das richtige Mittel, die Relegationen zu bekämpfen ?

1. Es ist das einzige Mittel. Die Resolutions-Fanatiker, die mit papierenen Protesten operieren wollen, haben bisher nicht einsichtig gemacht, wie sie mit Papier den Senat einschüchtern wollen. (Daß sie es vielleicht auch gar nicht wollen - der Verdacht liegt ohnehin nahe.)

2. Es ist genau das Mittel, das der Senat fürchtet. Denn der Senat weiß, daß er gegen eine breite Solidarisierung der Studenten auf dem Campus keine Chance hat. Daß, wenn die Studenten die Drohung der Schließung als leer durchschauen, es an dieser Universität nichts mehr zu schließen gibt. Der Senat weiß auch, daß es fünfmal soviel Studenten gibt wie einsatzfä-

hige Polizisten. Und genau das werden wir dem Senat notfalls vormachen.

Diejenigen Studenten, die bisher argumentierten, die Lage sei gar nicht so ernst, haben in einem gewissen Sinne doch recht: wenn sie die Konsequenzen gezogen haben und diese Universität aktiv bestreiken, dann allerdings ist die Lage nicht mehr ernst für die Studenten - dann beginnt sie ernst zu werden für den Berliner Senat.

Der Westberliner Senat hat uns an dieser Universität die Machtfrage gestellt. Unsere erste Antwort wird sein, unsere Macht an der Universität zu demonstrieren. Machen wir die FU zur Senats-Freien Universität. Unsere zweite Antwort wird sein, die Machtfrage zurückzugeben - in die Stadt. Wir haben zwar noch nicht die Macht, einen Senat zu stürzen. Wir haben aber sehr wohl die Macht, einem Senat, der an seinen inneren Widersprüchen krankt, den letzten Stoß zu geben (und haben das bereits einmal vorgemacht). Wenn wir hier nur wollen, können wir das wiederholen.

Wir sollten wollen.

ASTA FU 21.1.69

BERLIN : D O K U M E N T A T I O N - URABSTIMMUNG

Auf der 1. (o.) konstituierenden Sitzung am 1o.1.69 faßte der 21.Konvent folgenden Beschluß:

"Anläßlich der Ordnungsverfahren gegen 14 Studenten erklärt der Konvent in Vertretung der Studentenschaft der FU Berlin folgendes:

Die eingeleiteten Ordnungsverfahren, die 14 Studenten mit der Relegation bedrohen, stehen im Kontext einer konzertierten Aktion des Berliner Senats und seiner universitären Gehilfen. Sie hat zum Ziel, die Universität entsprechend den Bedürfnissen von Wirtschaft und Staat zu organisieren, das heißt die Ausbildung von hochspezialisierten Technokraten zu gewährleisten, die einerseits aber die ~~xxxxxxx~~ herrschende Ordnung auf dem jeweiligen technologischen Niveau rationalisieren und damit sichern können, die andererseits aber die dieser Ordnung innewohnenden Widersprüche aufgrund der Beherrschung nur eines isolierten Fachbereiches nicht zu erkennen und zu überwinden vermögen.

Diesen Bedürfnissen entspricht die von Senats- und Universitätsbürokratie anvisierte technokratische Studienreform, die - gemessen am erreichten technologischen Stand - anachronistische Organisationsformen der Universität beseitigen will, dabei aber eine wirkliche Veränderung der Universität mit dem Ziel der Selbstbestimmung der Wissenschaft im Dienst der Beseitigung von Herrschaft nicht zulassen darf.

Durch die in der Universität praktizierte Reformpolitik des Senats soll der angehende Wissenschaftler auf seine Rolle im Wirtschafts- , Staats- und Erziehungsapparat vorbereitet werden: er soll verwaltbar und fungibel im Sinne der herrschenden Ordnung bleiben. Reformen dürfen nicht von ihm, das heißt von unten ausgehen und bestimmt werden, sie müssen von oben kommen und müssen kontrollierbar sein. Für die Studenten bedeutet dies: nicht sie machen die Reform, sondern die Reform geschieht an ihnen, sie bleiben Objekt.

Der Sicherung einer solchen technokratischen Reform dienen Ordnungsverfahren und Drittelparität gleichermaßen:

Mit der Drittelparität und ähnlichen - von der Lösung der entscheidenden Fragen abgetrennten - technizistischen Reformvorschlägen soll die Masse der Studenten befriedet werden, die - wie der Senat annimmt - den Unter-

schied zwischen technokratischer und wirklicher Reform nicht begriffen haben. Die Erfahrungen am OSI zeigen, daß gerade die für die Selbstbestimmung der Wissenschaft relevanten Punkte - wie autonome studentische Sektoren, Verfügung über Finanzen und Personalstellen, sowie Entscheidungsbefugnis über Art und Inhalt von Prüfungen in den drittelparitätisch besetzten Entscheidungsgremien nicht gefällt bzw. im Interesse der Herrschenden blockiert werden können.

Jene Studenten aber, die der Reform eine andere als die rein technokratische Dimension geben wollen, sollen aus der universität eliminiert werden. Dies geschiht, indem Regeln erlassen werden (Vorschaltgesetz), die die Studenten im Kampf um eine wirkliche Hochschulreform verletzen müssen. Diese Regelverletzung wird dann zum Anlaß für ihre politische Disziplinierung genommen.

Der 21.Konvent der Freien Universität hat daher auf seiner ersten ordentlichen Sitzung am 1o.1.69 folgenden Beschluß gefaßt:

I. Der Konvent lehnt eine die Studenten politisch disziplinierende Hausordnung ab.

II. Der AStA wird beauftragt, gemeinsam mit den Studenten Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die geeignet sind,
   1. Die Gefahr einer Hausordnung im Sinne des Vorschaltgesetzes vom 17.1o.68 und die Bedrohung der Studenten, die durch Regelverletzung gegen die technokratische Studienreform vorgingen, abzuwenden.
   2. Die studentischen Anstrengungen um eine Veränderung der Universität mit dem Ziel der Selbstbestimmung der Wissenschaft im Dienst der Beseitigung von Herrschaft durchzusetzen.

Der Konvent legt diesen Beschluß (gemäß Art.II, § 4, Abs.III a und IV a der Satzung der Studentenschaft der FU Berlin) der Studentenschaft am 15., 16. und 17. Januar 1969 zur Urabstimmung vor.

Die Urabstimmungsfrage lautet: "Wollen Sie diesen Konventsbeschluß aufheben"

14.1.69

Die Frage wurde in der Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit verneint.

F R A N K F U R T :

Kritische Wissenschaft - langfristige Reflektion oder: wo bleibt die Praxis?

An der Frankfurter Universität wird bei Soziologen, Philologen und seit kurzem auch bei Mathematikern (Mathematik wird dort immer im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit für die Physik betrieben) gestreikt. Im ganzen gesehen hat aber hier die Mobilisierung, die ausgegangen war von dem Streik an der Af E, nicht fortgewirkt in die Organisation des Widerstandes gegen die von Schütte, Rüegg etc. gemeinsam vorgetragenen Versuche, die Studentenbewegung in Studierwillige und Störer zu spalten. Die Mobilisierung der Studenten hat hier zurückgewirkt in die Institute, es haben sich neue Basis- und ad-hoc-Gruppen gebildet, diese Ebene der politischen Basisarbeit hat sich ausgedehnt.

Die Dezentralisierung der Arbeit in die Institute hat zu einer Aufsplitterung der politischen Aktivitäten insgesamt geführt. Die Diskussionen, die im SDS und bei den Soziologen jetzt geführt werden (die folgenden Beiträge sind Arbeitsgruppenergebnisse), sollen die allgemein-universitätspolitische Ebene bestimmen, auf der der Kampf geführt werden kann, der einmal die zentral gegen die Studentenbewegung gerichteten Zerschlagungsversuche abweist, zum anderen aber die aktive Arbeit in den Instituten erst ermöglicht.

Unter den Strukturen des herkömmlichen Lehrbetriebes hatten die Studenten ebenso wie die Assistenten und Professoren Positionen inne, die sie bei der wissenschaftlichen Arbeit vereinzelten und die dazu führten, dass wissenschaftliche Diskussion Standards unterworfen wurde, die den Einzelnen fremd waren und deren Sinn und Berechtigung unüberprüpft übernommen wurden. Jeder kennt die Vorlesungssituation, die durch Ausschluss jeglicher Diskussion nur rein rezeptive Aufnahme des Lernstoffes gestattet. Übungen und Seminare, die den Studenten produktive Mitarbeit ermöglichen sollten, kommen zu Statuskämpfen zwischen den Beteiligten herunter. Denn die in ihnen angelegte Möglichkeit, sich den Lernstoff selbstständig zu erarbeiten, das heisst aber, durch Fragen und Diskussionen Zusammenhang und Gewicht wissenschaftlicher Sätze und Ergebnisse zu reflektieren und sich einsichtig zu machen, scheitert an hierarchischer Struktur und autoritärem Gefüge.
In dieser lernpathologischen Organisationsform des "Eindringens in die Sache" sind die Ordinarien und Dozenten aufgrund ihres Wissensvorsprunges gezwungen, entweder ihre Lehrveranstaltungen an ihrem wissenschaftlichen Niveau auszurichten oder sich aber zum blossen Einpauken von Grundbegriffen herzugeben, denn sinnvolle Einführungen wären ihnen nur möglich, wenn sie nicht nach langer Karriere notwendig jegliche Vorstellung über Lernsituation und Wissen der Studienanfänger und mittleren Semester verloren hätten. In beiden Fällen ist der Student ein im besten Falle nur scheinbar ernst genommener Partner. Nur in Einzelfällen ist es Studenten möglich, ihren Status im Wissenschaftsbetrieb psychisch so zu verarbeiten, dass sie sich durch "naive Fragen" das verlangte Wissen optimal schnell und in grosser Menge aneignen können. In der Regel werden ihnen ihre Diskussionsbeiträge dazu dienen, sich dadurch Statusgratifikationen einzuhandeln, dass sie eh schon sicheres Wissen reproduzieren und nicht den Wissensvorsprung des Dozenten nutzen, ihre Lücken aufzufüllen. Die Assistenten haben den Studenten gegenüber die Funktion von kleinen bzw Ersatzordinarien, den Ordinarien gegenüber sind sie der Nachwuchs, der die Schmutzarbeit übernimmt; er wird auf die Anhäufung von Wissen und Standards eingeschworen und soll sich in diesem vorgegebenen Rahmen vervollkommnen.

Die pathologische Struktur geht jedoch über eine ineffektive Organisation des Lern- und Lehrprozesses hinaus. In seiner Hilflosigkeit und seinem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Autoritäten ist es dem Studenten unmöglich, das vermittelte Wissen selbst anzuzweifeln, seinen Wert und Unwert zu reflektieren und über seine Funktion im gesamtgesellschaftlichen Bezug Klarheit zu verschaffen sich. So fungieren die Ordinarien objektiv als Agenten der etablierten Wissenschaftsbetriebes und der jeweils geltenden Inhalte.Aufgrund ihrer Position können nur sie über Art und Funktion der von ihnen betriebenen Wissenschaft diskutieren. Eine solche Diskussion aber muss notwendig Praxis miteinbeziehen, also auf Probleme politischer Organisation stossen. Das dilemma dabei ist jedoch, dass die Ergebnisse nur wieder als Lernstoff referiert werden können, d.h. eine Umsetzung in eine Selbstorganisierung der Studierenden, die angewiesen wäre auf gleiche und selbstständige wie auch wissenschaftlich verbindliche Diskussion ALLER, nicht zu erreichen vermag.Das heisst aber: innerhalb der überkommenen Strukturen ist eine sinnvolle Neuorganisierung und Neubestimmung der Wissenschaft nicht möglich. Eine Kritik des Lehr- und Lernbetriebes kann sich nicht in den gleichen theoretischen Bahnen volziehen wie die Wissenschaft, die kritisiert werden soll.Weder die Revolutionierung der Positionshierarchie (mit ihren Implikaten von autoritären Fixierungen an Personen und an Wissenschaft selbst) , noch ein neuer Praxisbezug der Wissenschaft kann so geleistet werden.
Die "kritische Wissenschaft" scheiterte an ihrem eigenen Anspruch, denn zum einen vermochte sie Sätze zur Sache nur mässig bis mittelmässig weiterzugeben, zum anderen vermittelte sie den Studenten nicht die Fähigkeit, sich der Sache hinzugeben, sondefn gab die Studenten der Sache hin. Das wird besonders gefährlich, sieht man die Ungeduld einer autoritären Leistungsgesellschaft gegenüber der ineffizienten Ausbildung von Verwaltungskadern in der Ordinarienuniversität. Gegen diese technokratischen Reformbemühungen müsste die Universität durch selbsttätige Umorganisation ihrer hierarchischen Struktur ebenso wie durxh Neubestimmung der Inhalte des Wissenschaftsbetriebs enrgisch Widerstand leisten. Andernfalls wird sie sehr bald zur Ausbildungs-

stätte, wo effizient gelernt, nicht mehr gedacht und diskutiert wird. Die halbwegs wachen Ordinarien begegnen dieser Gefahr durch eine zweifache Politisierung ihrer Position. Auf der einen Seite verurteilen und bekämpfen sie studentische Widerstandsversuche gegen eine ohnmächtige Hingabe der Wissenschaft an gesellschaftliche Zwecke, auf der anderen Seite versuchen sie bei den Burokratien Reste ihrer alten Autonomie zu bewahren, indem sie das Unbehagen an eben diesem studentischen Widerstand ausnutzen, anstatt den Kampf selber aufzunehmen. Dabei merken sie nicht, dass ihnen von der Schlüsselgewalt höchsten eine Kloschlüssel-gewalt bleiben wird.
Die Studenten waren den Formierungsprozessen, die sich gegenwärtig in unserer Gesellschaft überall abspielen, durch die Organisierung einer Protest- und Widerstandsbewegung ausserhalb der Universität begegnet und hatten sich dem herrschenden Wissenschaftsbetrieb im grossen und genzen unterworfen. Einerseits war die politische Aktivität strenger wissenschaftlicher Diskussion immer mehr entzogen, andrerseits hatte die Wissenschaft keinen Bezug zum Widerstand. Weil die Wissenschaft sich in den Dienst einer Emanzipationsbewegung stellen müßte (wie die Kritisxhe Theorie es selbst fordert), entstand die polemische Parole von der 'Zerschlagung der Wissenschaft'. Sie meint nichts anderes als die Notwendigkeit, die eigenen Problemstellungen und Interessenlagen innerhalb des Wissenschaftsprozesses zu entfalten und dadurch die prinzipielle Umsetzungsmöglichkeit von Wissenschaft in politische Praxis überhaupt erst zu ermöglichen.
Die Einsicht, daß eine Neubestimmung in den überkommenen Befehlsstrukturen sich kaum vollziehen kann, hat die Studenten zu dem Versuch geführt, in der Negation des etablierten Betriebes sich selbst zu organisieren. Dazu war es nötig, den Lehrbetrieb auszusetzen und zu versuchen, innerhalb EGALITÄRER Organisationsformen wissenschaftliche Arbeit und ihre Neubestimmung durchzuführen. Egalitäre Lernprozesse versuchten wir in Arbeitsgruppen zu ermöglichen.
Die Erfahrungen der Arbeitsgruppen lassen erkennen, daß die an ihnen beteiligten Studenten von durchaus verschiedenen Motiven ubd Interessen ausgehen. Der größte Teil der Teilnehmer sah in der selbsttätigen wissenschaftlichen Arbeit die Chance, die Schwächen und Ärgernisse der gewohnten Lernsituation zu beseitigen. a) Manche hatten die durchaus legitime Hoffnung, die Lücken, die ihnen bei der Anhäufung des anerkannten und prüfungsrelevanten Wissens geblieben waren, aufzufüllen. Sie hielten das in einer Situation, wo sie nicht mehr von gleichgültigen Dozenten abhängig waren, sondern auf die interess er ten Bemühungen ihrer Kommilitonen bauen durften, eher für möglich. Das führte zu dem Bedürfnis, die Arbeitsgruppen nach einem Tutorenmodell zu organisieren. Bei dieser Konstellation wurden solche Kommilitonen, die einen gewissen Informationsvorsprung besaßen, in die Lage gedrängt, entweder aus antiautoritären Motiven ihr Wissen der Gruppe zu entziehen, oder kollektives Lernen durch ihre Dozentenfunktion gerade zu verhindern. Darüberhinaus bot sich einzelnen die Gelegenheit, sich selbst aufzuwerten. b) Ein anderer Teil der Arbeitsgruppenteilnehmer bestand aus psychisch sensibilisierten Kommilitonen, die die Befreiung von Fremdbestimmung im autoritären Lehrbetrieb genossen. Sie nahmen die Arbeitsgruppen zum Anlaß, möglichst herrschaftsfrei miteinander zu kommunizieren, und befreit von repressiven Leistungsforderungen miteinander zu arbeiten. Allerdimgs wiederholten sich die aus der antiautoritären Bewegung bereits einigermaßen bekannten Schwierigkeiten. Der verfehlte Versuch, egalitäre Kommunikation und Freiheit von Leistungsdruck unmittelbar herzustellen, muß scheitern. In aktuellen Kampfsituationen und in der Auseinandersetzung mit einer autoritären Gesellschaft ganz allgemein sind Disciplin und eine gewisse Leistungsorientierung unbedingt nötig. Ebenso können gerade dann, wenn man versucht, die Wissenschaft selbsttätig zu organisieren, die Anforderungen der bisherigen Wissenschaft an die Fähigkeit, Unlust zu überwinden$ und Leistung zu erbringen, nicht einfach negiert werden. Vielmehr käme es darauf an, die Entfremdung bzw. Verselbstständigung der wis enschaftlichen Leistungsdisziplin zu ersetzen durch die Einsicht in die Tatsache, daß zur Erreichung emanzipatorischer Ziele Lustversagungen unabdingbar sind. Allerdings muß man vermuten, daß

von einer repressiven Fremddisziplinierung , die in starren Überivhforderungen abgespalten ist, nicht unmittelbar zu einer einsichtigen Selbstdisziplin übergegangen werden kann. Deshalb würden wir behaupten, daß "antiautöritäre Motzerei" unter den gegebenen Umständen ein notwendiger Umweg ist, der unterhalb der regieden Leistungsforderungen theoretischer Diskussion den Spielraum zur Formulierung von Problemen überhaupt erst ermöglicht.
Weil solchen Arbeitsgruppen, die von der Disziplin des routinierten Lehrbetriebes direkt zu einer Selbstdisziplin übergegangen zu sein behaupten, mißtraut werden muß, darf der Erfolg oder Mißerfolg unserer Arbeitsgruppen (abgesehen vom Zeitfaktor) nicht danach beurteilt werden, die die politische Situation ob sie zu den Leistungen, die die politische Situation eigentlich fordert, fähig sind oder nicht, noch danach, was sie zu einer Neubestimmung der Wissenschaft geleistet haben; sondern der Erfolg bemißt sich daran, inwieweit sie aus den Erfahrungen innerhalb der Arbeitsgruppen fähig geworden sind, das Verhältnis von Lust bzw. Sensibilisierung gegenüber Autorität einerseits und Versagung bzw Leistungsforderungen, die sinnvolle Wissenschaftliche Arbeit und politische Praxis auferlegen, andererseits problematisieren und verbindlich diskutieren zu können und zu wollen.

MÖGLICHE ERFOLGSKRITERIEN FÜR DEN STUDENTISCHE KAMPF IN DER GEGENWÄRTIGEN PHASE DER AUSEINANDERSETZUNG AN DER HOCHSCHULE

Entstehung der Basisgruppen im SDS und an der Hochschule

Die antiautoritäre Agitation für Selbsttätigkeit hat sich gegen die "temporären Führer" gewandt. In der Gründung von Basisgruppen suchten die Agitierten den Anspruch, selbsttätig politische Arbeit zu leisten, einzulösen. Für die Entstehung von Basisgruppen lassen sich grob zwei sozialpsychologische Motive angeben:

Einmal das Motiv bei politisch bewußten Genossen, endlich selbsttätig sinnvolle, wirksame politische Arbeit zu leisten, nachdem zuvor politisches Engagement notwendigerweise auf die technische Vorbereitung von und Teilnahme an Aktionen beschränkt blieb, die intellektuell und agitatorisch von den Führern getragen wurden.

Zum andern das Motiv, sich der autoritär vorgegebenen Arbeit im Studium zu entziehen, zumal die Akkumulation von funktionalem Wissen umso sinnloser erscheint, je unsicherer eine spätere Gratifikation, bzw. je geringer die subjektive Wertschätzung dieser Gratifikation wird. An die Stelle eines rigiden Leistungsanspruchs tritt der Wunsch nach unmittelbarer Befriedigung von Bedürfnissen. Von den z.T. begriffslos gegen ihre Führer aufmotzenden Antiautoritären wurde dieses Bedürfnis irrational überzogen, was den notwendigen Toleranzspielraum unterhalb des theoretischen Leistungsanspruchs im SDS schaffte, Dieser Spielraum war Bedingung sowohl für die Lösung von Fixierungen auf bestimmte Führer, als auch für die Formulierung von bestimmten Problemen der politischen kArbeit, was deren Neubestimmung erst ermöglichte. (Auf den letzten DKs hinderte der durch hohes Abstraktionsniveau und Agitationszwang gekennzeichnete Diskussionstil die "Provinzgruppen" an der Formulierung der Probleme ihrer politischen Arbeit.)

Die Basisgruppen an der Hocvhschule waren nach den Antinotstandsaktionen aus dem Desiderat entstanden, von der Mobilisierung der Studenten in einer abstrakten hochschulpolitischen Globalstrategie (für Drittelparität im Konzil etc.) weg zu einer verbindlichen Arbeit an der Basis, dh Institutionalisierung des Konflikts am Arbeitsplatz, zu kommen.

Die technokratische Hochschulreform ist nur eine Formierungstendenz des autoritären Staates. Entsprechend kann unser dKampf gegen technokratische Hochschulreform nicht von der Illusion bestimmt sein, wir könnten an der Hochschule "befreite Gebiete" sc haffen, in denen wir dann ungestört kritische Luxuswissenschaft betreiben könnten. Unser Ziel muß vielmehr sein, gegen ein reglementiertes Studium unsere wissenschaftliche Arbeit so umzuorganisieren, daß sie allen politisch bewußten Studenten die Möglichkeit zu kontinuierlicher politischer Arbeit gibt. Entsprechend der Wirksamkeit dieser Arbeit werden wir dem zunehmenden Druck vonseiten der Bürokratien ausgesetzt sein. Wir können die Auseinandersetzung dann jedoch in qualitativ und quantitativ höher organisierter Form führen, insofern wir dem Druck nicht als vereinzelte Individuen begegnen müssen, sondern als kollektiv arbeitende Gruppen oder, wo es möglich ist, die Neuorganisation eines Instituts durchzusetzen, als Institution dieser Universität. In diesen "Widerstandsräumen" müssen wir eine wirksame politische Arbeit aller bewußten Studenten organisieren, um nichts stets darauf angewiesen zu sein, die Studenten, die durch Leistungsdruck permanent zu rigider Studienarbeit gezwungen werden, stets neu kurzfristig für die Teilnahme an Aktionen zu mobilisieren.

Aufgrund materieller Abhängigkeiten kann die Mehrheit der Studenten diese Arbeit dadurch nicht langfristig leisten, daß sie sich diesem Studium verweigert. Den nötigen Freiraum müssen wir uns vielmehr durch Umorganisation unseres Studiums schaffen. Dazu gilt es zunächst bestimmte Forderungen durchzusetzen, die eine längerfristige Auseinandersetzung ermöglichen;

Die Arbeit in Kollektiven muß für die, die darauf angewiesen sind, mit Scheinen honoriert werden.

Die bisherigen Prüfungen, die uns zu sinnloser Wissensakkumulation zwangen und so kontinuierlich politische Tätigkeit verhinderten, müssen abgeschafft werden. An deren Stelle müssen Formen der Selb stkontrolle bzw. Kontrollen ohne Disziplinierungsfunktion treten. Darum muß über diese Kontrollen von einem Gremium entschieden werden, in dem die Studenten nicht majorisiert werden können. (Ein drittelparitätisches Gremium garantiert keine Neubestimmung der Prüfungen, so daß dann alle weiteren Bemühungen der Studenten auf größere Effizienz der Studienarbeit und bequemere Arbeitsbedingungen im Hinblick auf disziplinierende Prüfungen hinausliefen.)

Die finanzielle Sicherstellung von studentischen Projekten muß gewährleistet sein. Den Studenten ist eine effektive Kontrolle über alle Forschungsprojekte einzuräumen.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen müssen wir alle uns gegebenen Druckmittel konsequent einsetzen (Lahmlegung des Lehr- und Forschungsbetriebs, Organisation unserer eigenen Arbeit mit den entsprechenden Produktionsmitteln, Besetzungen, Verhinderung von Prüfungen etc.). In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung an der dHochschule kann eine satzungsmäßige Neuorganisation von Instituten und Seminaren nur im Bezug auf einen Consensus aller daran Beteiligten verbindlich sein. Für uns muß garantiert sein, daß in einem solchen Consensus die oben genannten Intentionen zum Tragen kommen und daß im Konfliktfall, in dem die externen Bedingungen der dOrdinarienuniversität wieder in Kraft sind, die Mobilisierung gegen die Ordinarien und die dHochschuladministration auf neuer Stufe möglich ist. (ah zB der Konflikt im Bezug auf studentische Projekte nicht bei der Zustimmungsverweigerung der Ordinarien in irgendwelchen Gremien manifest wird, sondern die Ordinarien gegen die autonom arbeitenden Kollektive vorgehen müssen.) In der gegenwärtigen Situation, die durch Schutzhaftentwürfe, den verstärkten Druck der politischen Justiz, die Relegation von Berliner Genossen gekennzeichnet ist, kann uns nicht mehr daran gelegen sein, mit liberalen Ordinarien unverbindlich über Hochschulreform zu diskutieren; dazu ist es zu spät.
Wir müssen sie permanent zur politischen Entscheidung zwingen: Entweder sie nehmen mit uns den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform und die Faschisierungstendenzen des NS-Staates auf - und dann müssen sie auch den Erfordernissen der Organisation des studentischen Widerstandes Rechnung tragen -, oder sie entscheiden sich für technokratische Hochschulreform, vor der sie noch einen Rest ihrer Privilegien und Inseln, freilich ohnmächtiger, kritischer Reflexion glauben retten zu können. Alle diese Formen unserer Selbstorganisation, bzw. Umorganisation unserer Studienarbeit sind in der dLage, politische und organisatorische Tatsachen zu schaffen, die durch das Inkrafttreten von Hochschulgesetzen etc. nur gegen den massiven Widerstand der dMasse der Studenten beseitigt werden können.

Unsere politische Arbeit in den verschiedenen Fächern muß nach der spezifischen Funktion der jeweiligen Wissenschaft im spätkapitalistischen Verwertungszusammenhang bestimmt werden. Für kritische Luxuswissenschaften würde das bedeuten, daß sich die Studenten als aktives politisches Potential für die Verbreiterung des Widerstands über die gesamte Hochschule verstehen.

Dazu müßten die organisatorischen und institutionellen Bedingungen für interfakultative Arbeitskreise geschaffen werden.

Jeweils fachspezifisch müssen die Bedingungen für den Widerstand in der jeweiligen Berufspraxis untersucht werden und zusammen mit den bereits berufstätigen Aufklärungs- und Widerstandaktionen organisiert werden.

Die langfristige Planung und wissenschaftliche Auswertung von Aktionen zusammen mit den bereits mobilisierten Schülern und Jungarbeitern sowie die Erarbeitung von möglichen Organisationsformen muß in Angriff genommen werden.

POLITISCHE MACHT UND WIDERSTAND

Noch weniger als aus den offenen Widersprüchen der Berliner Politik läßt sich aus den Machtverhältnissen der Bundesrepublik eine Strategie des Machtkampfes ableiten. Zwar kann die Studentenbewegung an den Hochschulen zeitweilig die Machtfrage stellen, aber es ist eher eine Macht unterhalb der institutionellen Fraktionskämpfe als eine Gegenmacht. Die Macht der Studenten wird wesentlich durch den praktischen Organisationsgrad bestimmt. Mit der politischen Selbstorganisation des Alltagslebens garantiert die Protestbewegung zweierlei: scheinbar private Konflikte werden als politische wenigstens erkannt und - noch selten - politisch verarbeitet; zweitens kann in den universitären und politischen Machtauseinandersetzungen die Sprachlosigkeit institutioneller Gewalt sofort ohne bürokratischen Aufwand entlarvt werden. Die Legitimation studentischen Widerstands wird immer mehr von den Betroffenen selber entwickelt und verbreitet.

Die innerinstituionellen Konflikte im Bezug auf die Hochschulreform, die zunächst eine entscheidende Chance für die Studentenrevolte zu enthalten schienen, bedeuten bei zunehmender Politisierung der Hochschulauseinandersetzung keinen wirklichen Schutz. Die Regression inhaltlich liberalen Verhaltens in den Hochschulen und Öffentlichkeitsapparaten produziert eine Polarisierung von politischer Macht. Faktisch wird die legale Gewalt der Institutionen immer weiter freigegeben, während der Widerstand der Protestbewegung kaum noch von außen unterstützt wird; liberalistische Ideologie wird zur materiellen Gewalt. Vor diesem Hintergrund werden sich die kommenden Konfrontationen (speziell während des Wahlkampfs) abspielen. In ihnen stellen sich zwei Aufgaben: Einmal darf keine Möglichkeit alltäglicher Organisation ausgelassen werden; zweitens muß jede Entpolitisierung kleiner GrupPEN, die sich von schlechter Politik emanzipieren wollen, verhindert werden.

WAS DIE STUDENTEN IN FRANKFURT GELERNT HABEN

Die Notwendigkeit einer historischen Analyse der Frankfurter Studentenrevolte ergibt sich aus folgenden objektiven Schwierigkeiten der politischen Situation ander Hochschule, wobei die Schwierigkeiten sich am deutlichsten gegenwärtig bei den Soziologen zeigen. Insofern könnten sie ein Paradigma für andere Fächer und Fakultäten abgeben.

Analog der Ungleichzeitigkeit innerhalb der politisch aktiven Studenten der Gesamtuniversität gibt es konkrete Ungleichzeitigkeiten bei den Teilnehmern der selbstorganisierten Arbeitsgruppen. Hier muß betont werden, daß es sich um objektive Schwierigkeiten handelt und nicht um ein Scheitern oder "Abbröckeln", wie es manche Leute offenbar wünschen.

Drei Gruppen von Teilnehmern mit dreierlei verschiedenen Bedürfnissen an der Selbstorganisation von Arbeitsgruppen lassen sich ausmachen: die einen nahmen teil, um Informations- und Verständnislücken in Bezug auf die bisher gelehrte Frankfurter "kritische Soziologie" aufzufüllen, also wissenschaftstheoretische Diskussionen mit denjenigen zu führen, bei denen sie dieses Wissen vermuteten. Die zweite Gruppe verband mit der Abschaffung der Professoren und Lehrbeauftragten als Autoritäten das Bedürfnis, deren vorgegebene Themenstellungen und wissenschaftlichen Gegenstände abzuschaffen und an deren Stelle eigene Bedürfnisse nach "Organisation und Emanzipation" zu setzen. Die dritte Gruppe schließlich sah die Notwendigkeit, mit der Kritik am bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb unter Herrschaft der Ordinarien und der Diskussion anderer Wissenschaftsinhalte und -formen gleichzeitig politische Forderungen nach einem "autonomen Bereich" der Studenten zu verbinden. Aus diesen drei legitimen und notwendigen Bedürfnissen ergibt sich eine Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins der Arbeitsgruppenteilnehmer, die notwendig zu Konflikten und Organisationsschwierigkeiten führen mußte.

Dieses erste Dilemma konstituierte mittelbar ein zweites: Die Hoffnung aller aktiv Streikenden, die Professoren (Habermas, Friedeburg und Adorno) würden den erkämpften Freiheitsspielraum der Selbstorganisation des Studiums institutionell absichern, hat sich nicht erfüllt. Zwar haben sich diese Professoren unter dem Druck der studentischen Argumente mehr und mehr "entlarvt", aber die Entlarvung hat keine Auswege aus der Sackgasse gezeigt, in die die Irrationalität der Professoren und der Bürokratie die Studenten gedrängt hat.

Für die Irrationalität der Professoren gibt es zwei Erklärungen, die hier angedeutet werden müssen: Eine liegt im Wesen der hier betriebenen "kritischen Soziologie" begründet. Pauschal hat die "Frankfurter Schule" gesellschaftliche Veränderungen vorwiegend fest gemacht an der wissenschaftlich-aufklärerischen Reflexion des Individuums, nicht aber an der Möglichkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel allgemein und der Kollektivierung des Produktionsmittels Wissenschaft im besonderen. Zweitens projizieren diese Professoren das, was ihnen der Staat antut, auf die Studentenbewegung: das heißt, die technokratische Hochschulreform entmachtet die Ordinarien als wesentliche Herrschaftsträger feudaler Autonomie der Universität zugunsten der Eingliederung der Hochschule in die Fungibilität des autoritären Staates. Die dazu notwendigen Maßnahmen der Staatsbürokratien sollten - auf eine längere Zeitspanne verteilt - hinter dem Rücken der Studentenmassen (und eines Teils der Professoren) getroffen werden. Die Öffentlichkeit des aktiven Streiks und der Selbstorganisation der Fächer und Fakultäten haben diese langfristige Taktik zunichte gemacht und dadurch diese Maßnahmen beschleunigt. Diese Beschleunigung wird dem poli-

tisierten Teil der Studenten von diesen linken Professoren als "Faschismus-Stalinismus" vorgeworfen. Darüber hinaus erklärt es die Vorliebe dieser Professoren für den Schütte-Entwurf eines hesischen Hochschulgesetzes, denn dieser Entwurf wirft den Ordinarien eine Garantie eines winzigen Teiles ihrer ehemaligen Macht als Köder hin.

Wenn die Professoren meinen, sich mit ihrer Taktiererei gegen die Studenten vor der Entscheidung drücken zu können, ob sie mit der Bürokratie die Hochschule in ein Instrument der Unterdrückung verwandeln wollen, oder mit den Studenten den Widerstand gegen diese Unterdrückung aufnehmen wollen, so ist das eine Naivität, die wenn nicht sie selber, so doch die spärlichen Reste ihrer "kritischen Wissenschaft" teuer zu stehen kommen kann. Die historische Analyse der Frankfurter Studentenrevolte kann die Voraussetzung einer mittel- oder langfristigen Strategie nur insoweit klären, als es Mobilisierungs- und Bewußtseinsstand der Studenten bzw. Arbeitsgruppenteilnehmer analysiert und damit ihre Kampfbereitschaft prognostiziert.

3 P H A S E N

Die aktiven Streiks für die Selbstorganisation durch die Studenten haben eine zweite Phase der Hochschulrevolte in Frankfurt eingeleitet: Die erste Phase beginnt etwa mit den ersten tendenziell sprachlosen Aktionen antiautoritärer Minderheiten, mit Go-ins, die den Angriff auf die Person des Ordinarius (einfache Ordinarienbekämpfung) als Träger und Stabilisator unterdrückender Funktionen im einseitigen Kommunikationszusammenhang Universität zum Inhalt hatten. Die erste Phase endete mit der Blockade der Societätsdruckerei, den Aktionen gegen die NS-Gesetze, der Rektoratsbesetzung, der Zerschlagung der Politischen Universität durch die Polizei.

Für diese Aktionen war charakteristisch, daß sie relativ abstrakte Ziele beinhalteten und auch relativ abstrakt legitimiert wurden. Mit den individuellen Bedürfnissen der Studenten konnten sie nicht vermittelt werden. Die studentischen Aktionen stellten sich als punktuelle, von sogenannten Anführern vorstrukturierte Aktionen dar.

Der Beginn der zweiten Phase des aktiven Streiks für Selbstorganisation gegen technokratische Hochschulreform geht eine Zeitspanne der Frustration voraus; äußerlich verursacht durch die Verabschiedung der NS-Gesetze, angesichts der besetzenden Polizei, darüber hinaus gekennzeichnet durch Aktionslosigkeit und das Fehlen weiterführender Perspektiven der Hochschulpolitik. Die Selbstorganisation der zweiten Phase ist weiterhin nicht zu verstehen, wenn die vorausgehenden Revolten innerhalb des SDS, das zweimalige notwendige Abbrechen der DK in Frankfurt und Hannover durch die Revolte der kleinen Gruppen gegen die großen, der Genossinnen gegen die Genossen, allgemein das Zerstören sozialdemokratischer Reste innerhalb der Organisation des SDS nicht als entscheidende Voraussetzung zur Organisation der Basisgruppen gesehen werden.

Der eher von gewerkschaftlichen Forderungen gekennzeichnete Streikauslöser AfE macht in seinen Etappen doch die Absichten des Staates in Bezug auf die Hochschule deutlich: hinter dem Rücken der Studenten die Reste feudaler Autonomie der Hochschule zu beseitigen zugunsten ihrer Eingliederung in die technokratischen Bedürfnisse des autoritären Staates. Aktiver Streik, Besetzung des Spartakus-Seminars und die Forderungen des Negativ-Katalogs haben die Taktik der Bürokratien insofern zunichte gemacht, als sie gezwungen wurden, ihre Maßnahmen innerhalb kürzester Zeit zu ergreifen bei voller studentischer Öffentlichkeit.

Das Go-in bei Carlo Schmid im WS 67/68 war zwar formal legitimiert; man wollte ihn öffentlich zu seiner Haltung den NS-Gesetzen gegenüber befragen, nichtsdestoweniger war es eine sprachlose Aktion. In der sprachlosen Regelverletzung liegt auf dieser Stufe der Organisation der Revolte eine gewisse Stärke: 1. Die Ebene des Nur-Argumentierens wird verlassen, der

einseitige akademische Kommunkationszusammenhang wird von den Unterdrückten aufgekündigt. Was heißt das für die Beteiligten? Der akademische hierarchische Kommunikationsprozeß setzt auf universitärer Ebene fort, was Sozialisationsprozeß im Elternhaus und in der Schule den Individuen eingefüttert und als bedingten Reflex immer wieder abverlangt haben: die Verhinderung spontaner Denkprozesse, das Abschneiden kollektiven Bewußtseins durch Leistungszwang und Konkurrenz. Der reaktionäre Wissenschaftsbetrieb honoriert nur das, was ihn in einem ewigen Kreislauf immer wieder bestätigt und stabilisiert: die private Aneignung von arbeitsteilig organisiertem Wissen und dessen Aussp ucken auf Befehl der Ordinarien.
2. Mit dem Angriff auf den Ordinarius wird gleichzeitig mit dem bürgerlichen Sozialisationsprozeß der Individuen gebrochen. Die Kontinuität der Unterdrückung in der Linie Vater-Lehrer-Professor wird abgeschnitten.
3. Mit der gebrochenen Fixierung an den Ordinarius wird gleichzeitig die Fixierung an reaktionäre Wissensch ft wenn nicht beseitigt, so doch problematisiert.

Hier entstand ein Konfliktpotential (auch in der offenen Frontstellung zu den reaktionären Studenten), das wichtige Energien für die späteren Notstandsaktionen geliefert hat.

Allerdings waren die Akteure sehr schnell bereit, ihre sprachlose Aktion als totalen Mißerfolg zu interpretieren: das hat zwei Gründe: einmal standen ad hoc keinerlei Erfolgskriterien zur Beurteilung dieser neuen Situation zur Verfügung, zum anderen hatt e die Aktion selbst bei allen Beteiligten Aggressionen mobilisiert, die im herkömmlichen Wissenschaftsbetrib ständig unterdrückt werden müssen. Aggressionen erzeugen Angst, Schuldgefühle und Skrupel.

Fixierung an Ordinarien und "Wissensch ft"

Mit dem gebrochenen Verhältnis zum Ordinarius wird das Untertanenverhältnis zur bürgerlichen Wissensch ft zwar problematisiert, aber die Richtung, wie konkret die "wissenschaftlichen Standards" abgeschafft und durch neue ersetzt werden sollen, ist damit für die Individuen noch nicht angegeben. Hinzu kommt bei den Soziologen das Fehlen fester Berufsbilder und Arbeitsmarktchancen. So bleibt nichts weiter übrig, als in unbefriedigender Weise weiterhin die Versatzstücke kritischer, linker Wissenschaft Frankfurter Prägung anzuhäufen, ohne daß dieses Wissen Perspektiven der Praxisveränderung aufzeigen könnte. Die Diskrepanz zwischen den emanzipatorischen Bedürfnissen nach praktischer Umorganisierung von Wissenschaft und dem herrschenden Lehrbetrieb selber, wird offensichtlich mit der Verabschiedung einer neuen Prüfungsordnung für Soziologen, die hinter dem Rücken der Studenten die Verschulung des Studiums zementiert und Voraussetzungen für eine technokratische Trennung zwischen kurzem Grundstudium und elitärem Hauptstudium sch fft.

Die Verunsicherung im Studium, im Verhältnis zu den Ordinarien, das Fehlen bürgerlicher Berufschancen auf der einen Seite, die gleichzeitige Abhängigkeit vom Lehr- und Forschungsmonopol dieser Ordinarien auf der anderen Seite haben eine Bewußtseinslage unter großen Teilen der Soziologen und Literaturwissenschaftler damals geschaffen, die dann in den ersten tendenziell psrachlosen Aktionen einer Minderheit praktischen Ausdruck findet. Diese Konfrontation schafft gleichzeitig Fronten zu dem apolitischen Teil der Studentenschaft. Arbeitsplatzinteressen und die Hoffnung auf Befriedigung emanzipatorischer (anti-autoritärer) Bedürfnisse mobilisierten die Studenten zur massenhaften Teilnahme an der Springer-Blockade, aber hier wichtiger, da sie sich enger auf den Arbeitsplatz Universität beziehen, zur Teilnahme an den Aktionen gegen die NS_Gesetze: Bestreikung der Universität, Besetzung des Rektorats, Umbenennung in Karl-Marx-Universität und Gründung der Politischen Universität. In diesen Aktionen haben alle Beteiligten Solidarität und kollektive Befreiung von individuellen Zwähgen ansatzweise (das heißt eher emotional) erfahren. Aber der Zwang zu abstrak-

ten und teilweise konstruierten Legitimationen der direkten Aktionen, die von wenigen linken Theoretikern im Verlauf der Massen-Teach-Ins geboten wurden, verhinderte eine Vermittlung zu den Erfahrungen der Akteure. Die Notwendigkeit des Widerstandes gegen NS-Gesetze, die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit Arbeitern wurde in Globalanalysen auf hohem theoretischen Niveau bekundet, blieb aber für die Handelnden praktisch uneinsichtig: die Analyse ging nicht ein auf die konkreten Erfahrungen der solidarischen Aktion und der Möglichkeiten zur Emanzipation in ihr.

So bleiben beide Ebenen, die der praktischen Erfahrung und die der theoretischen Analyse gesellschaftlicher Zustände für die Massen unvermittelt: hier die "Entmythologisierung" des Rektorats als symbolischer Sitz feudaler Herrschaftsprivilegien der Ordinarienuniversität, dort eine akademische Gewaltdebatte. So scheiterte die Politische Universität nur äußerlich am Polizeieinsatz, sie ging zugrunde, weil sie an die Stelle rechten Wissenschaftsbetriebes einen linken setzen wollte, während eine Aufarbeitung der Erfahrungen nur möglich gewesen wäre, hätte man mit der Vorstellung linker Wissenschaftsinhalte gleichzeitig neue Organisationsvorstellungen dieser Inhalte verbunden.
In diesem Zusammenhang ist auch die nachfolgende Frustration und der Rückfall in apolitische Apathie nur äußerlich auf die tatsächliche Verabschiedung der NS-Gesetze und die Polizei in der Universität zurückzuführen, der Kern der Frustration liegt auch hier in der mangelnden Vermittlung zu den abstrakten politischen Notwendigkeiten des Kampfes um diese Bedürfnisse.

Die Frustration hatte mehrere weitreichende Folgen für das Bewußtsein der Studenten:
1. Sie waren nachträglich bereit, die Urteile der Ordinarien, der Universitätsbürokratie und der bürgerlichen Presse über ihre eigenen Aktionen zu akzeptieren. (Zumal auch die linken Führer die Rektoratsbesetzung und ihren bilderstürmerischen Happening-Charakter als "vorpolitisch" disqualifiziert hatten.)
2. Die Einschüchterung durch die Staatsgewalt, die Drohungen der Universitätsbürokratie auf Relegation der Beteiligten, auf Aberkennung des Semesters, das Anzeigen der "Rädelsführer" bewirkten eine erneute Stabilisierung des autoritären Hörigkeitsverhältnisses zu den Ordinarien und damit zu "Wissenschaft", wobei jetzt noch verschärfend zu den traditionellen Leistungszwängen des Studiums der "linke Leistungszwang hinzutrat: d.h. der politisch bewußte Teil der Studenten wollte die existentielle Bedrückung durch eine unveränderbt reaktionäre Studienorganisation totschlagen, durch die verstärkte Akkumulation und Konsumtion "kritischen Wissens". Schiedsrichter in diesem weit schärferen Konkurrenzkampf um kritische Leistungen waren, zusätzlich zu den fortschrittlichen Ordinarien, die linken Führer der Revolte geworden.

(Es ist bezeichnend, daß die Ordinarien - Habermas - in dem Maße, in dem sich die Fixierung auf solche linke Theoretiker herstellte, die "Rädelsführertheorie" übernahmen: d.h. sie deuteten diese Theoretiker als diabolische Manipulatoren, die "die berechtigten Interessen der Studenten" für ihre finsteren, gegen die Wissensch ft gerichteten Zwecke mißbrauchen. Einmal hatte diese Interpretation wahrscheinlich Konkurrenzgründe - Hahnenkampf - , denn diese Theoretiker w ren Abtrünnige, zum anderen waren diese Theoretiker unfähig, aus ihren Fehlern zu lernen und die Gefahren ihres "Aufstiegs" zu Stabilis toren linken Leistungszwanges und Konkurrenzkampfes zu erkennen, während die Ordinarien den Konkurrenzkampf der privaten Aneignung von akademischem Wissen immer noch als einzige der Wissenschaft angemessene Form des Lernens betrachten).

3. beweist die Selbstverständlichkeit, mit der die Soziologen in Solidarität mit der AfE gegen technokratische Hochschulreform ihre Selbstorganisation des Studiums in Angriff nahmen, daß in der vergangenen Phase die Stud enten eines deutlich gelernt hatten: daß das Bedürfnis individueller Emanzipation nur kollektiv befriedigt werden kann und daß diese Befriedigung nur durch einen langen Prozeß der Umorganisierung der Wissenschaftsinhalte und -formen selber erfolgen kann.

Die Entstehung von Basisgruppen

Das Bedürfnis der Emanzipation konnte in der zweiten Phase des aktiven Streiks an der Hochschule nur deshalb ansatzweise kollektiv befriedigt werden, weil in der vorangegangenen Phase der Aktionslosigkeit an der Hochschule die Organisationsstruktur des Verbandes SDS umgewälzt wurde.

Während der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung hatten sich große Teile der Studentenbewegung in der Agitation der Arbeiterschaft engagiert. Das Ausbleiben unmittelbar nachprüfbarer Erfolge frustrierte auch hier einen großen Teil der Engagierten, überzeugte aber einen kleinen Teil von der Notwendigkeit, die abstrakte Analyse eines solidarischen Kampfes von Arbeitern und Studenten dadurch zu konkretisieren, daß sie nach Möglichkeiten suchten , langfristige Erfahrungen in geeignete Organisationsformen zu bringen. Es konnte sich nicht mehr darum drehen, in punktuellen Aktionen die Arbeiterschaft global als historisches Subjekt revolutionärer Veränderung anzusprechen, sondern es mußte eine Perspektive für langfristige Arbeit geschaffen werden, die es ermöglichte, die romantische Einschätzung der Arbeiterschaft zu ersetzen durch das Auffinden konkreter Konflikte am Arbeitsplatz, deren politische Auswertung eine konkrete Solidarisierung von Arbeitern und Studenten in der Zukunft ermöglichen sollte. Die Einsicht dieser kleinen Gruppe in die Notwendigkeit einer Basisarbeit in Betrieben ist die älteste Motivation zur Gründung einer Bassisgruppe.

Die Erkenntnis, daß die Herrschenden die Bekämpfung der Studentenbewegung von der Straße in den Gerichtssaal verlegt hatten, begründete nach der Springer-Blockade die Notwendigkeit einer längerfristigen Prozeßstrategie, die der Klassenjustiz mit Solidarität begegnen sollte. Insofern war die Gründung von Basisgruppen in diesem Bereich eine existentielle Notwendigkeit der Bewegung.

Weiberrat

Zu den objektiven politischen Gründen der Basisgruppenbildung außerhalb der Hochschule trat eine sozialpsychologische Motivation, die sich in der Frauenrevolte innerhalb des SDS am deutlichsten zeigt: die linken Theoretiker der Hochschulrevolte hatten theoretische Globalanalysen und praktische Erfahrungen der Massen nicht miteinander vermitteln können; das heißt, sie hatten gleichzeitig wichtige Teile der politischen Diskussion okkupiert. Damit waren diejenigen politisierten Studenten, die zwar faktisch Erfahrungen gemacht hatten, sie aber nicht in Begriffen linker Literatur auszudrücken vermochten, auf die Basisgruppenarbeit außerhalb der Hochschule verwiesen. Die Frauen waren von ihrem spezifischen Sozialisationsprozeß und von ihrer doppelten Unterdrückungssituation an der Hochschule - von einem reaktionären, von männlichen Leistungskriterien bestimmten Studiengang einerseits und von den Theoreitikern der Studentenbewegung andererseits - besonders betroffen. Die wahrscheinlich gattungsgeschichtlich begründete Schwierigkeit, Frauen zur Vertretung kollektiver Interessen zu organisieren, zwang die Frauen, die Kommunikationsstruktur ihres unmittelbaren Erfahrungsbereiches zu reflektieren. Sie konnten es sich nicht leisten, ihre Interessen außerhalb der Hochschule zu organisieren, sondern es war schon ein Politikum, wenn sie autoritäre Kommunikationsstrukturen innerhalb der Seminare und des SDS in bezug auf ihre eigene existentielle Situation reflektierten. Von daher erklärt es sich, daß sie andere Interessen artikulierten, als dies der Betriebs- oder der Justizbasisgruppe möglich gewesen wäre. Es war klar, daß sie eher als diese Gruppen auf die solidarische Aktion angewiesen waren, was in diesem Zusammenhang - viel unmittelbarer als bei politischer Solidarität - emanzipatorische Solidairität bedeutet, Solidarität als Rückversicherung. Die notwendige Organisationsschwäche der Frauen hat sie mehr als andere Gruppen innerhalb des SDS

dazu prädestiniert, die autoritären Kommunikationsstrukturen innerhalb des Verbandes anzugreifen und ihre hemmende Funktion für die Erfahrungen der Mitglieder aufzuzeigen.

Diese hemmenden Kommunikationsstrukturen wurden auf der Delegiertenkonferenz des SDS von den Frauen am schärfsten, aber auch von anderen Gruppen angegriffen; es zeigte sich, daß diese Kommunikationsstrukturen zentrale Überbleibsel sozialdemokratischer Organisationsformen des Verbandes waren, die spätestens seit der Springer-Blockade zum stärksten Hemmschuh der Vermittlung praktischer Basiserfahrungen der Mitglieder zum abstrakten Strategie- und Organisationshorizont traditioneller sozialistischer Literatur geworden waren. Das Aufbrechen dieser Kommunikationsstrukturen und damit der Reste sozialdemokratischer Organisationsformen im Verband setzte Energien der Mitgliederbasis des SDS frei, die die Gründung von Basisgruppen auch an der Hochschule erzwangen. Inhaltlich konnte sich die Organisationsform der Basisgruppen erst während des Streiks voll entfalten.

PÄDAGOGIK - REGIONALSEMINAR - HAMBURG - 7.-9.2.69

Seit der DK in Hannover haben die ganzen kleinen PH-Gruppen und Unigruppen der Region beschlossen, enger zusammenzuarbeiten. Das erste Ziel sollte sein, in den verschiedenen Gruppen verschiedene pädagogische Inhalte zu erarbeiten, die dann auf einem Seminar Mitte Februar ausgewertet werden sollten. Da wir festgestellt hatten, daß vor allem die PH-Studenten in ihren drei Jahren kaum Zeit haben, die wichtigsten theoretischen anti-autoritären, progressiven, oder sonstwelchen notwendigen Kenntnisse zu erarbeiten, da sie durch sehr viel stupide Arbeit, Prüfungen und ähnliche Geschichten ziemlich eingespannt sind, fanden wir es nötig, arbeitsteilig vorzugehen.

Eventuell könnte sich auf Dauer aus dieser inhaltlichen Zusammenarbeit auch der Gesamtzusammenhang der kleinen PH-Gruppen verstärken, und eventuell sogar eine gemeinsame Hochschultaktik entwickelt werden.

Es stehen bis jetzt folgende Arbeitsgruppen fest:
Bildungsplanung: Lüneburg
Gesamtschule: Braunschweig
Marxist. Bildungskonzeption, Polytechnische Bildung: Oldenburg
Ökonomie der Pädagogik, Reproduktionskreislauf, Bildungsökonomie, Profiterwartung: Flensburg
Politische Didaktik und Autorität: Hamburg
Es beteiligen sich außerdem: Bremen, Tübingen (Rademann, Hafengasse 1), Bremerhaven (Frank Behrens, Pestalozzistr. 54), Lübeck, Sylt, Kiel.

Wir hoffen aber und laden sie auf diese Weise ein, da wir nicht wissen, wie wir sie sonst erreichen sollen, daß zum Seminar auch Vertreter anderer Gruppen aus anderen Gegenden oder Ländern kommen werden. Wir wüßten gern Genaueres über die Entwicklung der fortgeschritteneren Gruppen, würden außerdem gerne mit anderen unterprivilgeirten PH- und anderen Grüppchen zusammenarbeiten. Das Seminar findet statt vom 7. - 9.Februar,Hamburg. Anreise möglichst schon Freitag. Alle näheren Angaben über Ort, Unterbringung usw. kriegt ihr nach Anmeldung oder sonstwie über den SDS Hamburg bzw. die Adresse der Projektgruppe.
Wir rechnen auch mit einer größeren Zahl von Teilnehmern, da wir bis dahin wahrscheinlich im Pädagogischen Institut tagen können, wo in den Wochen nach dem Seminar, wenn alles so läuft, wie es im Moment scheint, ein Streik bis Semesterende stattfinden wird.

Projektgruppe Pädagogik, 2 Hamburg 13, von Melle Park 17, Sabine Auffermann

=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x=x

beim BV erhältlich:

Parlamentarismusdebatte

Kostet 1.4.

A.Pannekoek	Der Imperialismus und die Aufgaben des Proletariats
	Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik des Kommunismus
G.Lukács	Zur Organisationsfrage der Intellektuellen
	Zur Frage des Parlamentarismus
P.Friedländer	Die Beteiligung an den Wahlen für das Parlament
L.Rudas	Revolutionärer Parlamentarismus

HAMBURG — Bundeswehr

Zum Beispiel - VK-Hamburg.

Dr.Peters; - Musterexemplar eines dogmatischen Moralpazifisten - und einige seiner Anhänger mittelalterlichen Jahrgangs lenkten seit Jahren die Geschicke des VK-Hamburg, streng nach Satzung und Grundgesetz. Blind gegenüber der Politik autoritär zu emanzipierenden Mitgliedern und selbstbefriedigt durch utopische Friedensideen schwelgten sie im Nichts - die 1600 Mitglieder wurden durch die monatliche "Zivil" und durch fein säuberlich gedruckte "Notizen" (zusammengestellt aus Leserbriefen) versorgt, die interessierte Jugend durch religiös-moral-ethisch-tugendhafte Phrasen. In der Tat, die Herren in Bonn konnten zufrieden sein.(Der letzte Popo wurde vor 2 Jahren erspäht!)
Dann kam Ostern, die Demonstrationen und die "Unruhe" in der Jugend; sie hielt auch in den VK Einzug, sehr zum Ärger der Peters-Schar. Als es nichts nützte, die langsam anwachsende Gruppe der Anti-autoritären durch Verbandplänkeleien zu lähmen, sondern diese sich durch beängstigende Kasernen-Aktionen emportaten und ja selbst in die Beratung eingriffen, bog man die Notbremse: Man baute auf das Grauel der gewalttätigen, alles zerschlagenden, SDS-verseuchten APO, die selbst vor dem Verein der heiligen Gewissensentscheidung nicht halt machte. Das Mauscheln half, die Liberalen schwankten, - die Linken müssen raus!
Doch man unterschätzte sie. Genossen traten ein in hellen Scharen, sie wühlten schwer und brachten Resultate: neue Geschäftsordnung ohne Sprecher - frei nach Räte - Arbeitsprogramm mit Aktionen und Seminaren, Vermittlungsgespräche zwischen Liberalen, rechts und links.
Zur MV am 17.1. kamen sie alle. Dr.Peters mit Anhang, die Aufgeschreckten und die Genossen vom SDS. Die Rechten sprachen viel, ihre Polemik brachte uns die Stimmen. Die neue Satzung lief ohne Änderung durch, die Vorstandswahl war ein permanenter Orgasmus; die härteste Nuß - Dr.Peters wurde im Hammelsprung geknackt. Ergebnis: im Vorstand 14 Genossen, darunter 4 SDSler, 3 Liberale und eine Dame von rechts (unreflektierte Schuldgefühle der wählenden Genossen)
Ich meine, das Trommelfeuer in die Fresse der Executive hat begonnen.

venceremos SDS-VK-Hamburg

↑

Adresse:
Karl Neuhuber, 2 HH 13
Von-Melle-Park 17

dazu die nichtnummerierten Seiten 26-29 →

Zur Bundeswehrarbeit des SDS

Außer einigen, von der Projektgruppe Bundeswehr durchgeführten Kasernen-Aktionen, in welchen die fehlende Erfahrung zur effektiven Agitation gegenüber Soldaten gravierend zu Tage getreten ist, einem bei der DK in Hannover ausgelegtem mangelhaften Arbeitsprogramm zur theoretischen Arbeit und einer großspurigen Presseerklärung des BV zur Bundeswehrstrategie des SDS scheinen im Verband noch keine konkreten Perspektiven zur Bundeswehr-Arbeit vorhanden zu sein. Zwar haben sich einige Genossen der Region Nord vorgenommen, einige Punkte des schmalhüftigen Konzepts genauer zu untersuchen, bis jetzt ist jedoch nur selten der Versuch dazu unternommen worden. Dies mag zum Einem an der schwachen Kapazität unserer Gruppen liegen, welche überdies auch noch in Hochschularbeit, Justizkampagne und Basisgrupperarbeit aufgespalten wird, zum Anderen an der schwierigen Thematik, welche es in diesem Falle zu erarbeiten gilt. Es liegt bis jetzt über die Bundeswehr kaum kritisches Grundlagenmaterial vor, auf welches man bei der Fragestellung der Thematik zurückgreifen könnte. Wie also soll es weitergehen?

1. Das im Verband der Kriegsdienstverweigerer zentralisierte Potential, durch autoritäre Organisationsform und durch den dogmatischen, unpolitischen Pazifismus der in den verantwortlichen Stellen meist älteren Mitglieder zur Passivität verurteilt, bietet sich als Ausgangspunkt einer auf die Ebene der Praxis transformierten Bundeswehrkampagne an. In den meisten Gruppen hat sich innerhalb Monate in der Diskussion um eine politische Aktivierung des VK eine polarisierung zugungsten der aktiven, progressiven Genossen ergeben. Durch Satzungsfetischismus versucht der konservative Teil diese Bestrebungen zu verhindern, sodaß diese Konfrontation letztendlich in Mitgliedervollversammlungen ausgetragen werden muß. Die VK-Gruppe Frankfurt hat diesem Prozess erfolgreich durchlaufen, und entwickelte sich durch ihre, im letzten halben Jahr wesentlich gesteigerte Aktivität zum Produktionszentrum von Kriegsdienstverweigerern aus der Bundeswehr. Jedoch die argumentative Schwäche des antiautöritären Potentials in anderen VK-Gruppen erschwert eine solche Aktivierung . Es muß hier die Aufgabe des SDS sein, durch taktisch richtige Mitarbeit die Genossen im VK zu unterstützen und in der Aktionseinheit die mangelnde praktische Erfahrung nachzuholen.

2. Die mögliche Einschränkung des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung, (siehe Anlage) muß durch breite Mobilisierung der APO-Öffentlichkeit verhindert werden. Bis jetzt bestehen kaum konkrete Vorstellungen über diesen Teilbereich des Faschisierungsprozesses , obenswenig wie bis jetzt ernsthaft über die Möglichkeit einer Kaderarbeit in der Bundeswehr diskutiert wurde. Das in der Anlage zusammengestellte Material dient als Grundlage einer Publizierung in Studentenzeitung und APO-Presse, deren effektive Weiterentwicklung in Wandzeitungen und Teach-Ins gesichert sein muß. (Informationsmaterial bei Jürgen Ossenberg 6 Ffm, Obermainanlage 9, K. Neuhuber 2 HH 13, Van Melle Park 17)

3. BUNDESSEMINAR DER Bw-Projektgruppen 15.2. - 16.2. in Hamburg

Die Notwendikeit ist offensichtlich, sie braucht nicht legitimiert zu werden. Es müßte erreicht werden die Herstellung einer eindeutigen Beziehung zwischen der bis jetzt erreichten Stufe unseres theoretischen Verständnisses von Militärproblemen und unserer Taktik, welche sich aus der bis jetzt geleisteten Arbeit und der objetkiven Situaltion fixieren läßt. Es hat politisch die Funktion, detailliert theoretische und praktische Arbeitsprogramme in Anti-Bb und -NATO-Strategien zu formulieren und den Stellenwert solcher Strategien im gesamten Kontex von Widerstand gegen den autoritären Staat und -international- gegen den Imperialismus zu umreißen. Unter Umständen könnte dies beitragen zur Einleitung eines neuen Prozesses von Verselbstständigung über die Bedeutung gesamtgesellschaftlich geordneter Arbeit, über die Bedeutung der Basisgruppen, den strategischen Stellenwert der Uni, etc. Das Bundeswehr-Bundesseminar findet statt im RC-Hamburg, Rothenbaumchaussee 95.

Genossen, sendet Arbeitsunterlagen und Anmeldungen rechtzeitig an uns, damit bei der organisatorischen Vorbereitung rationell gearbeitet werden kann: (bitte neutral al Pierre Roquete, 2 Hamburg 34 Weddestraße 11)

SCHLAGEN WIR DER EXECUTIVE DEI FAUST IN DIE FRESSE!
venceremos!
Projektgruppe Bundeswehr
Region-Nord

FORTSCHRITT DER FASCHISIERUNG DER BRD-GESELLSCHAFT? DARGETAN AN EINER LEGALISTISCHEN BETRACHTUNG ZUR ENTWICKLUNG DER EISCHRÄNKUNG DES GRUND= RECHTES AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Artikel 4 Absatz 3 der Grundgesetzes schien in den ersten Jahren der besonders von den USA geförderten Restauration ein Fremdkörper im liberalen Grundgesetzkompromiss zu sein, da dieses Grundrecht keinen konkreten Anlass potentieller Inanspruchnahme bot: eine Remilitarisierung erschien den Liberalen und den Massen, je selbst denen, die sich für politisch bewußt hielten, nicht möglich zu sein, obwohl sie die objektiv notwendige Kose= quenz der Restauration der spätkapitalistischen Gesellschaft als deren Basis sein mußte.
Nicht die Einrichtung des Amtes Blank, nicht vereinzelte Äußerungen der Regierung angehöriger Kreise über die Notwendigkeit eines "westdeutschen Verteidigungsbeitrages" in den frühen fünfziger Jahren, ließen die Funktion des scheinbar funktionslosen Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung erkennen, sondern erst die EVG-Verhandlungen, das Freiwilligengesetz, die Andernacher Einheiten von 1955 und erst recht die Remilitarisierungsgesetze von 1956; Art.4,3GG hat eindeutig die Funktion eines Alibis für das scheinliberale und pseudohumane faschistoide System der BRD mit dem gewollten Effekt der Systemerhaltung und Systemstabilisierung. 4,3 sollte den rein moralischen rotesten der liberalen die Spitze nehmen: das Recht der Kriegsdienstverwei gerung als Sedativum möglicher Hellhöriger und GEgner und der plätzlich Aufgeschreckten, die sieben Jahre lang erfolgreich durch Antikommunismus Hetze, geschickt an die Nationalsozielistische anknüpfend und durch Verbaldemokratie und Formalfreiheit eigeschläfert waren. Damit Art,4.3 GG wirklich nur eine verschleiernde Alibifunktion für die Interessen der Herrschenden und Machteliten haben würde, nicht aber realiter als Grund= recht im Sinne eines Schuztrechtes der Beherrschten gegen den Apparat und die Ihne stützenden Kapitalinteressen beanspruchtwerden könnte, wurde es mit den Remilitarisierungsgesetzen unbemerkt eingeschränkt:
1. Durch legislative Maßnahmen, des einfachen Gesetzgebers unter dem Vorwand der Präzisierung und Definierung der Grundgesetzbestimmungen, damit ein Missbrauch des Grundrechtes vermieden würde.
2. Durch executive Maßnahmen, 3. durch eine durch hysterischen Antikommu= nismus unterstützte Diffamierungskamparge gegem mögliche verweigerer.

Eine erste Einschränkung des allgemeinen Verfassungsgrundsatzes wurde durch die §§ 25 und 26 des Wehrpflichtgesetzes erreicht: der Text des Grundrechts nach Art 4,3 GG "Niemand darf durch sein Gewissen zu Kriegs= dienst mit der Waffe gezwungen werden ..." wurde durch den §25 WpflGes. "materiell" deffiniert:"Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligen an jeder Waffenanwendung zwischen des Staaten widersetz und dewhalb den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert ..."

Die Einschränkkung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung ist hier fünf-fach:1. Der Verweigerer muß nicht nur ein Gewissen haben, sondern muß dieses auch noch begründen(schon hier liegt der Gedanke der Selektion nahe, das RKV soll beschränkt sein auf wenige bildungsmäßig und rethorisch Privilegierte). 2. Er muß die Beteiligung an Kriegen verweigern, gleigül= tig ob es sich um Kriege als Mittel der Unterdrückung handelt, oder um revolutionäre Befreiungskämpfe der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, 3. er muß jede Waffenanwendung zwische Staaten ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen, historischen, politischen Kontex ablehnen, 4. er muß die Waffenanwendung in zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, ganz gleich zwischen welchen Staaten, verweigern, 5. er muß die Waffenanwendung in Auseinandersetzungen zwischen Staaten ablehnen: eine Verweigerung des Waffendienstes in "Bürgerkriegen", in von den Herrschenden gegen emanzi= patorische Bewegungen inszenierten "inneren Notstand" ist nicht möglich.

Eine weitere Einschränkung bescherten Bundesverfassungs- und Bundesverwal tungsgericht durch die rein moraltheologische Aus- und Festlegung des Begriffs "Gewissen".

Die nächste Einschränkung schuf der § 26 WpflG., nachdem das Recht der Kriegsdienstverweigerung erstens nur auf Antrag beansprucht werden darf, zweitens der Antrag genehmigt worden ist: In einem peinlichen Inquisition= verfahren wird geprüft, ob der Antragsteller berechtigt ist, ob er nicht

der allgemeinen"Wehrpflicht" zu genügen braucht . Auf executivem Weg ist allso aus dem Grundrecht win Ausnahmerecht gemacht worden.

Die Praxis der Prüfungsgremien, bei denen der Vorsitzende sinniger weise als vom Verteidigungsministerium bestimmte Partei ist, macht die Abschrek=kung perfekt.
Durch diese Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes sollte erreicht werden, daß 1. nur Pazifisten den Kriegsdienstverweigern dürfen, 2. daß die Entscheidung eine rein individual-ethische, ohne gesellschaftpolitische Konsequenzen bleiben sollte. Die hinzukommende gezielte Diffamierungs=kampagne, Kriegsdienstverweigerer seien nur Sektierer, Phatasten, religi=öse Spinner und Außenseiter der Gesellschaft schuf insgesamt die Voraussetzung dafür, daß die Zahl der Verweigerer klein blieb, die "toleriert" werden konnte. Es war erreicht, daß Art.4,3 GG auf der einen Seite seine Alibifunktion haben konnte, auf der anderen Seite aber keine die Interessen der Herrschenden gefährdende Quantität und Qualität der Verweigerung entstehen konnte.

Als weitere Absicherungen waren das totschweigen des Grundrechts der Verweigerung, das lange das unbekannteste Grundrecht blieb, und der zifile Ersatzdienstgedacht.

Nachdem sich die anti-autoritäre Bewegung in eine politische Widerstands=bewegung verwandelt hatte, nach dem sich dazu der VK von einem rein defensiven,in einem Naturschutzpark gedultenen Pazu-Klub in eine zumindest in den progressiven Gruppen angefangenen Kampforganisation gewandelt hatt, stieg die Zahl der Verweigerer rapide an. Besonders innerhalb der Bundeswehr kam es 1968 zu einem Boom von Kriegsdienstverweigerern, gerade auf Grund der dei Klassenherrschaft entgültig legalisierenden Notstands=gesetze. Die Herrschenden begannen zu rotieren: 1966: 4431 Anträge, 1967: 5963 , 1968 bis Mitte Juni: 6177 Anträge; in der Bundeswehr in den ersten 10 Monaten 68: 3ooo Anträge; das sind mehr als 6oo Anträge mehr als in den Jahren 56-67 in der Bundeswehr insgesamt! die Tendenz ist weiter steigend steil nach oben!

Nach dem die Toleranzgrenze - offensichtlich 1% der tauglich gemusterten eines Geburtenjahrgangs- überschritten waren, reagierten die Herrschenden sofort. Signalisiert wurde die baldige Reaktion durch eine Äußerung des CSU-Zimmermann, Vorsitzender des Bundestags-Verteidigungsaussschußes, in einer Fernsehsendung des ZDF am 12.3.68:"Sollten sich die Zahlen in den nächsten Jahren weiter verdoppeln, so sollten wir uns Maßnahmen vom Gesetzgeber her überlegen."

Einen ersten schweren Angriff auf das Grundrecht des Art. 4,3 GG initiierte der Generalinspekteuer der Bundeswehr, de Maiziere, mit seinem Erlass vom 1.7.68. Bis dahin waren Antragsteller in der Truppe durch einen Erlaß des selben Herrn vom 15.1o.66 bis zur endgültigen Entscheidung über ihren Antrag vom Waffendienst befreit. Diese Befreiung sei ein Akt der kamerad=schaftlichen Fürsorge, damit die Verweigerer nicht in Gewissenskonflikten gestürtzt würden. Diese Fürsorgepflicht ergebe sich schon dadurch, daß die Zahl der Verweigernden in der Bundeswehr klein sei und auch klein bleiben werde. Der Erlaß vom 1.7.68 stellte fest, daß durch die ständig steigende Zahl der Verweigerungsanträge die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gefährdet sei. Daher seien KdV in der BW nur noch bis zur Entscheidung in der 1.Instanz -bei insgesamt 4 Instanzen- vom Waffendienst zu befreien. Da gleichzeitig eine Anweisung des Verteidigungsministerium an die Inquisitionsausschüsse erging, die Verfahren zu verschärfen, und sich die Quote der Ablehnungen besonders bei Soldaten in der 1.Instanz erhablich vergrößerte, kam es in der Bw zu einem Boom von Arreststrafen:-
Gewissensterror.

Dennoch erfüllte der Erlass von 1,7.68 nicht seine abschreckende Funktion, denn die Zahl der Anträge in der Truppe stieg weiter ständig an.

Die Progromreden Schröders und Zimmermanns im Bundestag vom 29.11.68, vorausgegangen waren Vorderungen des CDU-MdB Leisler Kiep, das Grundrecht zeitlich zu beschränken bis zum Zeitpunkt der Musterung, und die politische Verweigerung gänzlich zu verbieten (nur noch -echte- Gewissensgründe dürfte anerkannt werden, also religiöse und moralisch individual-ethische),

wie es auch von Hase als Verteidigungsstaats-Sekretär am 27.8.68 gefordert hatte, signalisieren abenso wie die Attacken des Straus'schen Bayern-Kuriers als neue Phase der Einschränkung des Art.4,3 GG.

Was ist auf Grund der Reden Schröders, Zimmermanns, der Militärmasken die unisono in diesem Chor einstimmten, in der nächsten Zeit gegen das Recht der Kriegsdienstverweigerung zu erwarten?

Ein Aufhebung des Grundrechts ist nicht zu erwarten, da eine solche Maßnahme, im jetzigen Stadium der Konfrontation noch als verfrüht zu betrachten ist, einem Staatsstreich nach Artikel 79 Abs.3 gleichkommen würde, was sich die Herrschenden noch nicht leisten können.

Zu erwarten ist 1. die Aufhebung der Befreiung vom Waffendienst für kriegsdienstverweigernde Soldaten. Diese Maßnahme hat de Maiziere in Absatz 5 seines Erlasses vom 1.7.68 schon angekündigt für den Fall, daß durch das weitere Steigen der Verweigerungen in der Truppe die Einsatzbereitschaft noch stärker bedroht sei; 2. die Zusammenfassung aller kriegsdienstverweigernden Soldaten in Sondereinheiten, wie der Absatz 6 des Erlasses von 1.7.68 andeutet; 3. die Schaafung von militärisch organisierten Einheiten, in denen kriegsdienstverweigernde Soldaten sofort nach Antragstellung ihren Dienst beginnen und ihn dort bis zum Ende der 18-monatigen Dienstzeit , isoliert von den Verweigerern, die vor der Bw-Dienstzeit den Antrag gestellt hatten ableisten.
Dieser Dienst wird entweder wie der Reichsarbeitsdienst der Nazi-Zeit oder wie die Baukompanien der MVA aussehen. Diese Möglichkeiten hat CSU-Zimmermann am 29.11.68 und am 4.12.68 im Bundestag angedeutet.

Weitere Perspektiven sind: überführung der Verweigerer in Dienstleistungen bei den Notstandsorganisationen, nach Art.12a des neuen Grundgesetzes und in den Bundesgrenzschutz; zeitliche Begrenzung der Gültigkeit des Grundrechts:nur die , die vor der Bw den Antrag gestellt haben, dürfen den Kriegsdienst verweigern. Ebenso wird der Ersatzdienst in einen ersatz-militärischen Dienst umgewandelt, auf den die militärischen Strukturen voll übertragen werden. Hinzukommen kann noch eine Erweiterung des Ersatzdienstes in zeilicher Hinsicht nach französischem oder amerikanischem Muster, wie es eine Wehrstudie des Verteidigungsministeriums nach dem Bayern-Kurier vorsehen soll.

Diese Maßnahmen kommen einer executiven Abschaffung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung gleich ohne den Zwang der Grundgesetzänderung, die zur Zeit noch nicht opportun ist für die Herrschenden.

Eine weitere Möglichkeit aber bietet sich den Herrschenden, durch eine durch einfaches Gesetz ermöglichte Einschränkung des Grundrechts des Art.4,3 GG für alle kritischen und politisch Bewußten aufzuheben: der Art.4,3 GG wird in seiner Begrifflichekeit einengend defifiert.
Ansätze beiten die Begriffe "Gewissen", "Kriegsdienst","Kriegsdienst mit der Waffe". Das Gewissen kkann auf seine Religiöse Dimension eingeengt werden; Wehrdienstkann verlagt werden, da ein "Friedenswehrdienst" kein Kriegsdienst im wörtlichem Sinne ist; sogar Kriegsdienst ohne Waffe kann verlangt werden, in allem militärischen Einheiten, die keine Kampfeinheiten sind.

Um eine solche weitere Grundgesetzeinschränkung oder - Aufhebung möglich zu machen, starten die Herrschenden seit einiger Zeit eine psychologische Kampagne, die die"Bevölkerung" bereit machen soll, einer solchen Maßnahme zuzustimmen. In dieser Kampagne werden Kriegsdienstverweigerung in der Truppe und Sabotage -angebliche Sabotage- in ursächlichen Zusammenhang gebracht. Zum zweiten wird die Verweigerungswelle als organisierter Missbrauch dargestellt, den Linksextremisten insżeniert haben, um unsere Sicherheit zu gefährden, womit sie das wesentlichste Tabu dieser Gesellschaft angetastet haben.

BUNDESWEHR-BUNDESSEMINAR in Hamburg vom 15.2. - 16.2.69

Heidelberg -30-

Antiimperialistischer Kampf und seine Haftbefehle; von der "Stadthallenaktion" zur Justizkampagne in Heidelberg

Die Diskussion über Eingriffe in die manipulative Veranstaltung "Studenten singen und tanzen für Heidelberg" im Januar 1968 fiel in die Zeit, in der sich der Heidelberger SDS auf die a.o. Parlamentarismus-DK und auf den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg vorbereitete. Über die Aktion gab es in der Gruppe keine Auseinandersetzungen. Durch Vietnamaktionen war das Bewusstsein in zweierlei Richtungen ausgebildet:
Durch OB Zundel (SPD) waren die Demonstrationen in der Heidelberger Hauptstrasse rechtswidrig verboten worden. Teach-ins hierüber hatten die Notwendigkeit von "Aktionen in der Stadt" - gerichtet gegen die Repräsentanten der Herrschaft auf lokaler Ebene - klargemacht. Auch die Eingriffe in den Wahlkampf sollten eine ähnliche Richtung haben: Angriff auf die Repräsentanten der Herrschaft in den Wahlversammlungen. Wie die Formen des Konsums in Heidelberg durch das Schloss verkörpert werden, (an Hässlichkeit dem Schloss ebenbürtig) das Symbol für die Kulte der Machtentfaltung dar, die schon durch die Forderung nach Diskussion zusammenbrechen. In der Tat fühlte sich OB Zundel als Hauptangegriffener, bei der Abwehr unserer Forderung nach Diskussion riss er der Universitätsbürokratie, die eigentlich Veranstalterin war, die Initiative aus den Händen: Er war es, der das Mikrofon gewaltsam entfernte als 5 Genossen auf der Bühne unsere Forderungen darstellten, der später die "Rädelsführer" identifizierte und Anzeige erstattete. Wessen Interessen er hierbei vertrat, wird unten ausgeführt.
Die Aktion setzte zugleich unsere antiimperialistischen Aktionen fort; Die grosse internationale Vietnam-Demonstration stand bevor; durch unsere nicht-opportunistischen Erklärungen zum Nahost-Konflikt, durch die Anti-Schah-Aktionen und durch die Entführung des koreanischen Kommilitonen Kim hatten wir gute Kontakte zu ausländischen Studentengruppen. Bei vielen Studenten hatte sich durch direkte Aktionen ein Bewusstsein ausgebildet, das den Zusammenhang zwischen Herrschaft in den Metropolen und der Situation der unterentwickelt gehaltenen Länder begriff. Auf der Basis einer neuen Moral wurde das politisch-manipulative Unternehmen des akademischen Auslandsamtes kritisierbar, ausländische Kommilitonen vor der Heidelberger Oberschicht volkstümliche Tänze aus ihren Heimatländern vorführen zu lassen, wobei neben Indern, Afrikanern und Koreanern eine Gruppe von US-Amerikanern auftrat, die zu ihrer Western-show Weisse rot einfärben mussten um die Indianer darstellen zu können, die sie seinerzeit ausrotteten.
Abgesehen von der Beziehung zum antiimperialistischen Kampf des SDS zeigt sich in Veranstaltungen wie "Studenten singen und tanzen" ein generelles Prinzip der Manipulation des Bewusstseins. Ehrungen von Lebensrettern, Pensionierungsfeiern, Ausstellungen von Kinder- und Gefangenenkunst usw. haben die Funktion, den systemgeschädigten handlungsunfähigen Individuen die Freiheit zum humanen Akt, die Freiheit, ohne Korrumption einer menschlichen Gesellschaft dienen zu können und die Freiheit eigener schöpferischer Produktivität vorzuspiegeln. Im Publikum sitzen die eigentlichen Veranstalter. Objekt der Darstellung ist das manipulierte Individuum. Veranstaltungen dieser Art stellen die Kehrseite des Parlamentarismus im Spätkapitalismus dar: das Volk wird durch die Herrschenden bestätigt. Neben die Repräsentanz der Herrschaft wird die Repräsentanz der verkrüppelten Massen im Interesse der Aufrechterhaltung des Systems gestellt.
Verbunden mit dem überlokalen Instanzen der Herrschaft (Aussenministerium und Geheimdienste) - im Parkett mit diplomatischen Vertretern von Kompradoren-Regimes vereint - liess das akad. Auslandsamt seinen Vertreter Zake Schlägertrupps organisieren, die die 5 Genossen von der Bühne warfen. Unser Angriff auf Zake, nach dessen politischer Einschätzung im Benehmen mit dem Aussenministerium die Stipendien ausländischen

Studenten verweigert werden und dessen AKA der Garant dafür ist. Dass die ausländischen Kommilitonen sich nicht so organisieren können, dass sie vor Bespitzelung durch Geheimdienste, vor Ausweisung und Entführung geschützt sind, ermöglichte uns die Aktion hochschulpolitisch zu wenden. Unsere Übergangsforderungen waren: 1. Rücktritt Zakes, 2. Vetorecht der Ausländervollversammlung bei allen Entscheidungen des AKA. Diese Ziele sind bis heute nicht erreicht. Zake konnte sogar noch auf dem teach-in sprechen, auf dem die Terminverschiebung des Prozesses gegen die 5 Genossen beschlossen wurde. 2 Besetzungen des AKA - wobei 5 Türen fielen- lädierten zwar die Institution, liessen sie aber am Leben. Das hängt mit der Situation der ausländischen Studenten zusammen, die nicht nur in besonderer Weise abhängig und disziplinierbar sind, sondern auch in sich gespalten. Die Aktionsformen konterengagierter Vertreter von Kompradoren-Regimes kennen wir seit dem 2.Juni. Der Kampf gegen sie ist für die fortschrittlichen Ausländer notwendiger geworden. Gegen sie und als Schutz vor den bis zur Willkürlichkeit gehenden Zugriffmöglichkeiten durch das Ausländergesetz und um die Situation ihrer Heimatländer zu analysieren, haben sich die fortschrittlichen ausländischen Studenten in der SAALA (Sozialistisches Asien, Afrika und Lateinamerika) organisiert.Angriffe auf die AKAs - die internationalen Geheimdienst- und Unterdrückungsbasen in der Universität - und die Verhaftung des Inders Mehdi Padamsee in Heidelberg können Anlass zur Organisierung der ausländischen Studenten in der BRD sein. Und die "Internationale", die 150 Studenten anlässlich der Stadthallenaktion erlernten, bliebe weniger verbal.
Der Angriff auf das AKA stellte zugleich einen Angriff auf das AA in Bonn dar, dessen blosse Funktion es ist. Ohne diesen Angriff und unsere Eingriffe in den Manipulationsakt der Landtagswahl durch direkte Aktionen wäre Kiesinger am 2.Juni 1968 der Doktorhut der Maryland Uni nicht (durch amerikanische Scharfschützen, die in den umliegenden Ackerfurchen lagen, geschützt) hinter Stacheldraht in amerikanischen Militärbaracken verliehen worden, sondern innerhalb des Campus.

Der aktionistische Eingriff in die Manipulationsveranstaltung in der Heidelberger Stadthalle war der Beginn von "Aktionen in der Stadt". Unsere Angriffe auf die Konterrevolutionen der Metropolen in der Dritten Welt und auf die fschistische Springer-Presse blieben Angriffe auf Herrschaftsinstanzen, die sich notwendig dem Bewusstsein grosser Teile auch der Studenten als bloss moralische Reaktionen auf Inhumanität darstellten. Die auf Selbstbestimmung in der Universität gerichteten Aktionen können nicht politischer sein, als die allgemeinpolitischen Zusammenhänge, auf die sie sich immer beziehen müssen, wollen sie nicht in Reformismus zurückfallen. Die Landtagswahl in Bad-Württt. , der Kampf um die Demonstrationsfreiheit, die von der lokalen Bürokratie aufgehoben worden war, go-ins in Gemeinderatssitzungen und Entlarvung der faschistisch reagierenden Lokalpresse, die von Nazis durchsetzt ist, machten die genauen Kooperationsformen von Universitäts- und Kommunalbürokratie, Polizei und Presse sichtbar. Die"Aktion in der Stadt" - gerichtet gegen den lokalen Herrshcaftapparat - stellt einen Schritt weg von der 1-Punkt-Bewegung dar. Sie macht unseren Angriff auf das politische System der Metropolen allseitiger und leitet - wie die Eingriffe in die Wahlakklamationen - über zu einer im Verhältnis zur "moralischen Vienam-Politik" und zum trade-unionistischen Kampf an der Hochschule zu einer "politischeren" Politik, das heisst : erst die "Aktion in der Stadt" und die Justizkampagne können politische Aktions- und Angriffsformen entwickeln, die andere qualitative Gruppen der Gesellschaft mobilisieren.
Die Stadthallenaktion zeigte unter dem Aspekt der "Aktion in der Stadt" die Interessenlage der Lokalbürokratie exakt. In Heidelberg verteidigt sie - solange die Industriegebiete nicht mobilisiert sind - das vom Fremdenverkehr lebende Handelskapital. Das Demonstrationsverbot für die Hauptstrasse wie die Anzeigen im Stadthallenprozess zielten auf die Erhaltung Heidelbergs als "heile Stadt"; d.h. als eine Stadt des idiotisch gewordenen Konsums. Die Lokalpresse vertritt die gleichen Interessen : Ihr Zynismus gegenüber den politischen Studenten steigerte sich daher im Januar 68 zum erstenmal zum faschistischen

Aufruf, uns die Reproduktionsmittel zu entziehen. Die Universitätsbürokratie und die Polizei hielten sich noch zurück : die eine musste das Auslandsamt decken, die andere wurde von Zundel gebremst; das Zuschlagen der Polizei hätte dem Tourismus schaden können. Statt der Schlagstöcke auf dem Warenmarkt - Gerichtsverfahren hinter verschlossenen Türen. Heidelberger Lokalpresse und Staatsanwaltschaft sind über die Interesseneinheit hinaus bis zu gemeinsamen Stammtischen miteinander verfilzt. (Knorr: Antikommunist der SPD, fälschlich für kurze Zeit als Häftling im KZ Dachau, der seine Vergangenheit in Kapital ummünzt indem er uns zu Faschisten stilisiert; Stauder, wie Knorr RNZ, Streicher-Partner und Nachfolger; Nägele, Oberstaatsanwalt, Kumpan von Antisemiten in der Zimm-Affäre usw.)
War es anlässlich der Tübinger Vietnam-Prozesse noch nötig gewesen, ein Kooperationstreffen zwischen Teilen der Landesregierung, Landgerichtsräten und den Polizeispitzen abzuhalten, um in gemeinsamer Beratung die Strategie des Kampfes gegen die Opposition festzulegen und den Einsatz von U-Haft, die Verhinderung der Öffentlichkeit usw. bei Prozessen gegen politische Studenten zu vereinbaren (das Protokoll wurde an alle Gerichte Baden-Württembergs verschickt), so zeigten sich nun die Auswirkungen dieser Kooperation der übergeordneten Stellen in Verein mit dem Druck der besonderen Interessen der Heidelberger Bourgeoisie und deren Bürokratie auf die Justiz : statt Ankklage wegen "groben Unfugs" (wie in Mannheim bei vergleichbaren Aktionen) : Anklage wegen Verbrechens des schweren Landfriedensbruchs; statt Amtsgericht: Grosser Senat des Landgerichts (was den Verlust einer Tatsacheninstanz bedeutet) und statt Beschränkung der Öffentlichkeit Ausschluss der Öffentlichkeit durch Terminierung auf die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr. Es zeigte sich der Wille, geheim und hart zu bestrafen.
So stellte die Verlegung des Termins von Weihnachten auf die Zeit nach dem 8.1.69 durch die politischen Studente n einen Akt der Selbstverteidigung dar. Kurzfristig und keimhaft wurden erstmals auch ausserhalb der Universität Formen der Doppelherrschaft sichtbar. Denn die Mitbestimmung bei der Prozessführung durch die direkte Aktion ist schon angelegt auf Selbstbestimmung der Individuen in einer klassenlosen Gesellschaft. Der Beschluss des teach-in vom19.12.68 der einen Tag vor dem Prozess die Terminverschiebung durch Abwesenheit der 5 Angeklagten im Stadthallenprozess festlegte und der das teach-in aufrief, die Genossen kollektiv zu schützen, schuf eine neue Lage : Durch diesen Beschluss wurden teach-ins und Demonstrationen zu neuen Machtpositionen. Der Justiz stellte sich die Situation so dar :
"Gegen die Vorgenannten Braunbehrens und andere musste Haftbefehl erlassen werden, weil mit einem freiwilligen Erscheinen vor Gericht nur zu rechnen ist, wenn Zeit, Ort und sonstige Bedingungen der Hauptverhandlung den Vorstellungen des bei dem teach-in am 19.12.68 gewählten Aktionskomitee entsprechen."
Die Situation, dass unter dem Druck des Kooperationstreffens der Staatsgewalten anlässlich der Tübinger Vietnamprozesse"Zeit, Ort und sonstige Bedingungen" von Hauptverhandlungen sowie die Behandlung der Frage der U-Haft festgelegt worden waren, und dass der Druck der Lokalpresse, der städtischen Bürokratie und der Staatsanwaltschaft die gleiche Richtung hatte - diese Situation wird verkehrt in das Verhältnis zwischen teach-in und den durch seine Beschlüsse Betroffenen. Dass sich der Justiz das teach-in hierbei zu einem Aktionskomitee (das nie gewählt wurde) verwandelt, zeigt, wie ihr unter der Fiktion der Rädelsführertheorie der Realitätsbezug abhanden kommt und sie die Befehlsstrukturen denen sie selbst unterliegt, bei der Studentenbewegung wiederfinden muss. Zwei wahnhafte Verhaltensformen: Verkehrung und Projektion bestimmen die Äusserungen der Justiz.
Die Hauptverhandlung vom 20.12.69, in der die 5 Angeklagten nicht erschienen waren, war gekennzeichnet von beispiellosen Verdrängungsprozessen in der Seele des Gerichts.

* Die Sitzung wurde eröffnet, aber das Gericht fand die Akten nicht. Landgerichtspräsident Kohnle:" Wo hat denn der Wachtmeister die Akten hingetan?"
* Mit den Angeklagten wurde auch die Verteidigung weggewünscht: Die Anwesenheit der Verteidiger wurde nicht festgestellt. Im Protokoll wurde der vorgedruckte Satz:" Die Anwesenheit des Verteidigers wurde festgestellt" nachträglich gestrichen und ersetzt durch "Die Verteidigung war anwesend." Statt nach der Feststellung der Abwesenheit der Angeklagten die Verteidigung nach den Gründen zu fragen, gab das Gericht der Staatsanwaltschaft das Wort, die sofort Haftbefehl beantragte.
* Als Studenten die Resolution verlasen, die die Abwesenheit begründete, flüchtete das ganze Gericht aus dem Saal.
* Das schmutzige Geschäft, den Raum von Störern, die die Resolution verlasen, zu säubern, wollte das Gericht nicht auf sich abfärben lassen: Den Polizeieinsatz dirigierte es vom Beratungszimmer aus. Die Entfremdung von ihren Produkten erscheint als konstitutiv für die Handlungsfähigkeit der Justiz.
* Den Beschluss auf Haftbefehl, der (wenn die Voraussetzungen vorliegen) in der Verhandlung ergehen muss, kündigte das Gericht nur an, vergass ihn aber zu erlassen.

Am Beginn der Verhandlung zeigte sich kurzfristig das verselbständigte Interesse der Bürokratie, jenseits der Klassen zu stehen. Hier in der besonderen Form, einen Prozess, der nur Waffe des Machtkartells gegen die sozialistische Opposition ist, nicht zu führen. Der heimliche Wunsch Kohnles, beim Richter mehr zu sein, schlug sich einen Moment lang nieder in der Unauffindbarkeit der Akten. Projektionen, Verdrängungen und Verkehrungen lassen die Ängste der Richter erkennen. Sie sind kennzeichnend für die manifesten Drohungen mit denen sie die herrschende Klasse belegt, um sie vor dem Wechsel ihres Klassenstandpunktes zu bewahren.
Zuroffenen Funtkionalisierung der Justiz als Mittel des Klassenkampfes gehört die Übernahme polizeilicher Aufgaben; die "Vorbeugende Sorge für Ruhe und Ordnung". Die vorgesehen Wiedereinführung der Schutzhaft soll diese Funktionalisierung vollenden. Diese Aufgabe wird von den Gerichten - wie von uns vorausgesehen - übernommen, bevor sie ihr offen übertragenw urde. Der erste Fall der Schutzhaft findet sich bereits am 29.2.68. Als Rudi Dutschke in Frankfurt an einer Vietnam-Demonstration teilehmen wollte, wurde er für Stunden polizeilich festgehalten mit der Begründung, von ihm seien Straftaten zu erwarten, die Hamburger Fälle folgten. In Heidelberg war den Studenten klar, dass die Gerichte diese notwendige Form der Sicherung der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung als "Generelle neue Taktik der Flucht" bei politischen Prozessen interpretieren könnten, obwohl die Abwesenheit auf den 8.1.69 befristet war und es sich bei der Terminierung auf Weihnachten um eine besondere Form von Prozessmanipulation handelte, die nur einmal eine Abwehr in dieser Form nötig war. Die "Flucht als neue Taktik des SDS" stellt die Fiktion der Klassenjustiz dar, die es ihr ermöglicht, den Haftgrund der "SDS-Mitgliedschaft" zu konstruieren. Dies ist auch geschehen: die Begründung der Verhaftung der 7"Beschützer" vom 11.1. lautet:
"Haftgrund: Fluchtgefahr.Der Beschuldigte hat die SDS Mitglieder von Braunbehrens, Mangold, Müller, Ripke und Noth, die sich wegen Verbrechen und Vergehen des Landfriedensbruchs, der Nötigung ... vor dem LG Heidelberg zu verantworten haben, aus Gegenerschaft gegen vermeintliche Klassenjustiz vor deer Festnahme schützen wollen. Er ist dabei nicht einmal vor aktivem Widerstand zurückgeschreckt. Gegen die Vorgenannten Braunbehrens und andere muss der

Haftbefehl erlassen werden, weil mit einem freiwilligen Erscheinen vor Gericht nur zu rechnen ist, wenn (siehe oben). Die weiteren Ereignisse, insbesondere die Demonstration vom 8.1.69 und die Solidarisierungsaktionen vom 10.1 unterstreichen diese Annahme. Sie gilt in gleicher Weise für alle, die sich an der Aktion in besonderer Weise beteiligten und denen auch die gleichen Mittel wie den von ihnen geschützten Personen zur Verfügung stehen, Gründe, die im Einzelfall dieser allgemeinen Annahme entgegenstehen könnten, liegen in der Person des immer noch von der Richtigkeit seines Handelns überzeugten Beschuldigten nicht vor."
Die Formulierung dieser Begründungstammt von dem gleichen Staatsanwalt Weidner, der die Polizeiaktion im Heidelberger AStA vom 10.1. persönlich leitete. Die Bestätigung dieses Haftbefehls im Haftprüfungstermin vom 16.1. nahm AG-Rat Orlet wahr, der den Haftbefehl selbst erlassen hatte. Dass der Richter seinen eigenen Haftbefehl bestätigen konnte, war durch den Trick ermöglicht worden, dass inzwischen die Verfahren gegen die "Beschützer" als Verfahren gegen "Becker und andere" vorlagen weil für den Buchstaben B Orlett zuständig ist. In diesem Beschluss heisst es :
"Der Haftgrund der Fluchtgefahr besteht. Dafür spricht schon die Tatsache, dass sämtliche Beschuldigten einerpolitischen Richtung angehören, die u.a. die Justiz der BRD als Klassenjustiz ablehnt. Die Einlassung der Beschuldigten hat - von ihrem Standpunkt aus konsequent - deutlich gemacht, dass sie, wenn sie zu Gerichtsverhandlungen erscheinen, dies nicht darum tun, weil sie dazu verpflichtet sind, sondern um ihrerpolitischen Ziele (Entlarvung der Methoden der Klassenjustiz) willen. Unter diesen Umständen aber drängt sich der Schluss auf, dass sie andererseits, falls es ihre Überzeugung verlangt, ebenso nicht erscheinen oder sogar flüchtig gehen werden. Freilich kann diese Erwägung allein noch nicht zur Aufrechterhaltung der U-Haft führen, da auf diese Weise ein im Gesetz nicht vorhandener Haftgrund, die SDS-Mitgliedschaft oder -Anhängerschaft geschaffen würde. Die Beschuldigten stehen jedoch im dringenden Verdacht, der Vollstreckung eines rechtmässig erlassenen Haftbefehls sogar mit Gewalt entgegengewirkt zu haben. Trifft dies zu, so haben sie ihre Feindschaft gegen die sogenannte Klassenjustiz in aussergewöhnlich intensiver Weise entwickelt und geben keinerlei Gewähr dafür sich dem Strafverfahren nicht durch Flucht zu entziehen. Unter diesen Umständen sah das Gericht keinen Anlass die von der Verteidigung zum Beweis der Wahrheitsliebe und Zuverlässigkeit der beschuldigten benannten Zeugen zu hören. Es kann als wahr unterstellt werden, dass die Beschuldigten im Privatleben diese Eigenschaften besitzen. Jedoch werden sie von ihrer politischen Überzeugung völlig beherrscht, so dass das Gericht der Überzeugung ist, sie würdem sich um ihretwillen über ihre Zusage hinwegsetzen, sich dem Strafverfahren nicht zu entziehen."
Diese Formulierungen zielen darauf ab, den SDS selbst zu liquidieren - nicht nur, exemplarisch zu bestrafen. Diese Zuspitzung des politischen Kampfes lässt sich aus der Niederlage erklären, die der Staatsapparat mit dem Haftbefehl gegen die 5 befristet abwesenden Genossen erlitten hatte. Der Justiz war bekannt, dass es sich nicht um eine zweite Rotiade, nicht darum handelte, sich für längere Zeit zu verstecken. Sie wusste, dass sich die 5 am 8.1. dem Gericht stellen wollten. Der Haftbefehl gegen sie erging nicht, um zu verhindern, dass die Genossen flüchten, sondern, um zu verhindern, dass sie am 8.1. vor ihrem Richter erscheinen. So wird auch die hysterischeEinschaltung von Interpol erklärbar. In der Tat stellte die Demonstration mit den Angeklagten vom 8.1. zum LG einen grossen Sieg dar. Sie zeigte, dass die Studentenbewegung organisiert ist und eine ihre Gegenmacht darstellende, auf Öffentlichkeit der politischen Prozesse gerichtete Terminverschiebung auch gegen den nationalen und internationalen Polizeiapparat durchsetzen kann. Das Sichtbarwerden von Gegenmacht in der direkten Aktion, reisst eine gorsse Lücke, in das die Verhältnisse zementierende System der Manipulation.

Aktiver Streik in Marburg

Was heisst hier eigentlich Streik? Streik heisst, den offiziellen Lehrbetrieb schlicht aktiv zu boykottieren. Und zwar nicht nur, indem wir einfach zuhause bleiben oder uns ins Caveau hocken, sondern indem wir aktiv daran arbeiten, systematisch neue Formen gemeinsamer Arbeit zu entwickeln, uns von den Zwängen professoraler Anweisungsmacht zu befreien, das, was wir gelernt haben, in emanzipative Praxis umzusetzen. Emanzipative Praxis: wir müssen uns überlegen, ob vielleicht nicht die Germanisten oder Juristen auch etwas mit Soziologie anfangen könnten. Ob die Mathematiker nicht - wie in Frankfurt - Philosophie in ihre Arbeit mitaufnehmen. Ob die Anglisten sich nicht vielleicht mit ihrer späteren Berufspraxis und ihrer Funktion in der Gesellschaft beschäftigen sollten. Ob die Germanisten nicht nur über gotische Lautverschiebungen und die Naturwissenschaftler über chemische Verbindungen zu reflektieren hätten - und wenn wir uns das überlegt haben, dann hingehen und mit den Mathematikern, Naturwissenschaftlern, Juristen, Germanisten und Anglisten zu reden und damit die wissenschaftsfeindliche Arbeitsteilung zu durchbrechen, die uns die bürgerliche Ordinarienuniversität aufzwingt und die uns zu politisch paralysierten Schmalspurchamäleons werden läßt.

Deshalb sind das besetzte Fidel Castro-Institut und das besetzte Luxemburg-Liebknecht-Institut bereits nach zwei Tagen zu Kommunikationszentren von Kommilitonen verschiedenster Fächer und Fakultäten geworden.

Was heißt aktiver Streik weiter?

Es heißt, die Wissenschaft massenhaft gegen diejenigen zu kehren, die bislang ohne Legitimation über sie verfügt haben - und damit auch über uns. Die uns eine herrschende Meinung and eine herrschende Methodik oktroyiert haben. Die uns die Referate und die Hausarbeiten und die Diplomarbeiten vorschreiben. Die uns in Prüfungen ohne Schwierigkeiten ihrer subjektiven, d.h. wissenschaftsfremden Willkür aussetzen können. Die uns Seminarpläne vorschreiben und uneingeschränkt über Institutshaushalte verfügen. Die sich unsere wissenschaftliche Arbeit zur privaten ~~xx~~ Verfügung: sprich lukrativer Veröffentlichung aneignen. Und die dauernd von Reformen reden und sie nur dann machen, wenn sie ihre Felle noch ins Trockene bringen. Es heißt, Wissenschaft auch gegen jene zu kehren, die sie dazu benutzten, durch Verschleißproduktion oder Rüstung gesellschaftlichen Reichtum massenhaft, unsinnig und unproduktiv verschwenden. Gegen jene, die das, was wir wissenschaftlich erarbeiten, kaufen - nicht damit wir leben können .. sondern um

---

Was ist das Ziel unseres aktiven Streiks?
Aktiver Streik heißt:

1. Selbstbestimmung am Arbeitsplatz - Selbstorganisation unseres Studiums unter gleibhberechtigter Mitarbeit von Assistenten, Dozenten, Ordinarien und Arbeitern der Universität.
2. Abbau des Ordinarientsprinzips: Übergang von der bisherigen Praxis der verbalen Reformforderungen zur Negation feudaler und autoritärer Formen der Macht innerhalb der Universität durch selbsttätige Organisation.
3. Die Organisation des aktiven Widerstandes gegen Universitätsadministration und Staatsgewalt.
4. Die Erkämpfung autonomer Bereiche, in denen die Studenten sich auf eine politisierte Berufspraxis vorbereiten können, in denen die Ausgangsbasis für eine wissenschaftliche Unterstützung der politisch aktiven Fraktion der Lohnabhängigen und die garantieren, daß nicht dereinst die alten Abhängigkeitsverhältnisse wieder fröhliche Urständ feierh.
5. Die langfristige Organisation des Kampfes gegen die technokratische Hochschulreform.

---

durch Patente oder Lizenzen im Interesse der Marktbeherrschung und damit ihres privaten Profitinteresses unsere wissenschaftlichen Ergebnisse der gesamten Gesellschaft vorenthalten. Gegen jene, die im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer autoritären Betriebe und schleimigen Partnerschaftsideologien an der Ausbildung von politisch stummen, aber fachlich fixen Technokraten und an der massenhaften Herstellung, Verfeinerung und Verbreitung von Verschleierungs- und Rechtfertigungsideologien durch Germanisten

Philosophen etc. interessiert sind. Und schließlich gegen jene, die dauernd penetrant von "Freiheit von Forschung und Lehre" und von der "Wissenschaft" faseln, dabei aber gleichzeitig eine technokratische Hochschulreform verfechten - seien es etablierte Großordinarien, Staatsbürokraten oder Industriekapitäne. Eine technokratische Hochschulreform, die weder mit den Interessen und Bedürfhissen der wissenschaftlich Arbeitenden etwas zu tun hat, noch ihre Rechtfertigung aus einem reflektierten Verständnis von Wissenschaft und ihrer Funktion herleitet: input - output.

STREIK HEISST DRITTENS

Solidarität mit den Kommilitonen und Genossen in Heidelberg, Berlin und Frankfurt und anderen Universitäten in ihrem Widerstand gegen die gewaltsame Durchführung einer TECHNOKRATISCHEN HOCHSCHULREFORM. Papierne Solidaritätserklärungen kann jeder abgeben. Nur aktiver Streik und Selbstorganisation des Studiums sind konkrete Solidarität, zeigen, daß wir ganz praktisch begriffen haben, was dort geschehen ist.

UND STREIK HEISST SCHLIESSLICH

Demonstativer Protest gegen eine permanent sich verschärfende Repression; gegen Vorbeugehaft; gegen die drohende und teilweise bereits vollzogene Liquidation des Grundrechts auf Kreigsdienstverweigerung; gegen den verabschiedeteh Notstand, der in den Schubladen auf uns wartet; gegen den massiven und brutalen Polizeiterror in Heidelberg, Frankfurt, Berlin und anderen Universitäten; gegen die Entziehung der Stipendien von allen Kommilitonen, die sich politisch betätigen; gegen die Verwandlung der Universität in Skatkneipen polizeilicher Spitzel; gegen die Disziplinierung kritischer Studenten durch verschärfte Disziplinargesetze; und schließlich durch Relegation (Berlin); gegen die langsame und systematische Liquidation der Studentenbewegung durch den Justizapparat der Herrschenden: schließlich laufen momentan ca. 15000 Ermittlungsverfahren gegen Rädelsführer & Störer, Kriminelle und ähnliche "Lahnberg-Vandalen" (Pirson).

nochmal für alle, die den Info beziehen wollen, schreibt bitte eine Postkarte an den BV (eine ganze Reihe Genossen meinten, sie seien so bekannt, daß für sie diese Bitte nicht zutäfe ... also no adress - no info!)

Die Fachgruppenvollversammlung Politik/Soziologie beschliesst am Montagvormittag (13.1.) mit grosser Mehrheit den "aktiven unbefreisteten Streik".
Ein Kommilitone wirbt mittags auf der Mensabrücke für das teach-in am Nachmittag und informiert über den Streikbeschluss. Polizei erscheint und bittet ihn zur Personalienfeststellung. Der Rektor soll die Polizei gerufen haben: der Lautsprecher stört natürlich die Ruhe und Ordnung zwischen eins und drei.
Um 14h findet ein teach-in statt. Nach Berichten über die Polizei-Aktionen in Heidelberg und den Streik in Frank diskutieren die Versammelten, wie der vormittags beschlossene Streik sich zu konkretisieren habe. Die Versammlung entschliesst scih, das Soz.&Pol.Institut zu besetzen, um dort die Diskussion und Organisation weiterzutreiben.
Gegen Abend konstitutieren sich bereits folgende Arbeitsgruppen:
- Psychopathologie politischen Verhaltens
- Literaturwissenschaften und Politik
- Geschichte und Politik
- Arbeitskreis kritische Naturwissenschaften
- Politische Ökonomie
- Klassenjustiz
- Agitation und Widerstand
- Hochschulpolitik-Seminarformen

Die Teilnejmer der Arbeitsgruppen suchen sich die benötigten Arbeitsräume in den beiden Instituten, nehmen daselbst ihre Arbeit auf und setzen sie in den folgenden Tagen permanent fort. Neben den Arbeitsgruppen konstituiert sich ein Streikrat. Ein Informations- und Kommunikations-Zentrum wird eingerichtet.
Die Streikenden beschliessen, je nach Bedarf Plenumssitzungen durchzuführen.
Das Pol.Inst.wird in "Rosa Luxemburg-Karl Liebknecht -Institut", das Soziologische in "Fidel Castro Institut" umbenannt.
Am Dienstag besprüht die Arbeitsaktivität der einzelenen Gruppen die sterile Atmosphäre beider Institute. Unbeachtet von den Streikenden ziehen irgendwelche Ordinarien der jetzigen Leerstühle ihre Vor-Lesungen im Hörsaalgebäude ab.
Die revolutionäre Spontaneität der Streikenden lässt sich vom rieselenden Kalk aus den Köpfen dieser Ordinarien nicht bestäuben. Ebenso unbeachtet bleibt am Mittwoch die mittelalterliche Belagerungen erinnernde Abriegelung eines Seminargebäudes unterhalb des Schloßes - durch die Polizei. Eine 'Hundertschaft' (3 Züge = 9o Mann) ist die "Öffentlichkeit" einer Sitzung der Phil.Fak.
Während die Polizei massenhaft herumsteht, arbeiten die Streikenden in ihren Instituten. Donnerstag vormittag wird eine Plenumssitzung in die Vorlesung des ehemaligen Direktors des Fidel Castro Institutes (FCI) verlegt, um den anwesenden Studenten, die sich noch nicht am Streik aktiv beteiligen, die Ziele und Berechtigung dieses Streiks zu vermitteln.
Gegen halb zwölf betrachten sich dann die Teilnehmer dieser Plenumssitzung als Öffentlichkeit einer offiziellen Institutsvollversammlung des FCI daselbst. Statt der Neuwahl eines Institutsdirektors wird über die Forderungen der Streikenden diskutiert: Maus unterstützt die Forderungen verbal, Hofmann will nicht mehr mit uns reden, Abendroth redet zuviel. Um 14 h findet ein von der Arbeitsgruppe Literaturwissenschaft und Politik vorbereitetes teach-in statt. Frankfurter Germanisten behründen ihren Streik. Zum ersten mal wird in einem Marburger Hörsaal über Möglichkeiten einer kritischen Literaturwissenschaft diskutiert.
Der erste Stein einer Barrikade gegen eine Germanistik à la Marburg ist geworfen.
Schon wieder eine Stoltenberg - Bastion geknackt

RESOLUTION:
Die Gruppe Agitation und Widerstand meint: H o f m a n n, Werner, der frühere Direktor des Fidel Castro - Instituts, erzählt landauf-landab, auf seiten der politisch aktiven Studenten zu stehen. In Wirklichkeit betreibt er mit seiner Volksfrontpolitik die Verwässerung der Studentenbewegung. Der Schwerarbeiter liess es sich nicht nehmen, auch heute wieder seine sogenannte Solidarität in der Arbeitsgruppe Agitation und Widerstand im FCI zu bekunden. Zu seiner Solidaritätskundgebung gehört die Androhung geeigneter Schritte gegenüber den Studenten in dem Moment, wo sie versuchen sollten, sein Hauptseminar in ihrem Sinn umzufunktionieren. Die Repressalie: Abbruch des Seminars und Verweigerung von Scheinen, von denen für viele Teilnehmer die Finanzierung des Studiums abhängt. Sie müssen sie nämlich für HOnnef vorzeigen. Hofmann versichert: die Polizei halte er fern, mit 'seinen' Studenten werde er selbst fertig (vgl. Gesellschaftslehre als Ordnungsme

können wir verzichten. Macht Schluß mit der Ordinarienuniversität! Organisiert Euer Studium selbst! Arbeitet mit am FCI! Arbeitsgruppe Agitation und

a) die Besetzung verlief in Marburg wesentlich weniger militant als in Frankfurt oder in Berlin. Der normale Geschäftsbetrieb verlief teilweise normal weiter. Wenn wir irgendwelche Räume oder Materialien brauchten, haben wir sie benutzt, wenn nicht, wurden sie dem normalen Geschäftsbetrieb wieder dienstbar gemacht.
b) der von uns recht voluntaristisch begonnene Streik im Politischen und Soziologischen Institut hatte starke Auswirkungen für den Rest der Uni. Wir hatten mit unsren Arbeitsgruppen die bisherige Arbeitsteilung der Uni überwunden, die meisten Arbeitsgruppen waren interfakultative Arbeitskreise. Es gelang uns damit, eine erhebliche Anzahl von Nicht-Politologen und Soziologen in die besetzten Institute zu locken, wo sie bald vom revolutionären Eros gepackt wurden. Es bildete sich ein fast 50 Mitglieder starke naturwissenschaftliche Basisgruppe, wo wir vorher höchstens mit 3 Leuten Kontakt hatten. Insbesondere die von uns konstituierten antiautoritären Arbeitsgruppen,hatten einen enormen Mobilisierungseffekt für die Phil.Fak., seit Streikbeginn wird fast in allen Instituten der Phil.Fak. über neue Seminarformen diskutiert.
c) Am Freitag den 17.1. beschlossen die Germanisten einen dreitägigen Streik, der evt. verlängert wird. Die Germanisten gingen ähnlich wie die Politologen und Soziologen vor, sie bildeten die Arbeitsgruppen und besetzten die Räume, welche sie zu ihrer Arbeit brauchten. Folgende Arbeitsgruppen wurden konstituiert: "Wissenschaftskritik unter dem Motto: Zerschlagt den Methodenpluralismus" "Studium und Schulpraxis" ,"Zwischenprüfung und Grundstudium".
d) Am Freitag, den 17.1. beschlossen die Theologen einen Solidaritätsstreik mit den streikenden Politologen und Soziologen. Die Vorlesungen und Seminare wurden gesprengt oder in Diskussionen über eine Reorganisation der Institute und Seminare umfunktioniert.
e) Am Dienstag ,den 21.1. fiel bei den Anglisten der gesamte Lehrbetrieb aus, statt dessen Diskussion über Reorganisation des Instituts und der Seminare. Gleichzeitig beschloss die Institutsvollversammlung der Anglisten die Konstituierung von Arbeitsgruppen, die aber neben dem normalen Seminarbetrieb ablaufen. Ein Streik dürfte hier in naher Zukunft nicht zu erwarten sein.
f) Zur Situation am politischen und soziologischen Institut: Die Ordinarien und Assistenten sind inzwischen nach anfänglichem Sträuben vom antiautoritären Impetus erfasst worden: Sie sitzen in unseren Arbeitsgruppen und diskutieren mit, des weiteren sind sie inzwischen bereit, alle unsere Forderungen in bezug auf Reorganisation der Institute zu schlucken (eigenständige studentische Seminare mit Scheinen, Institutsvollversammlung als oberstes beschlussfassendes Organ, teilweise Abschaffung der Noten etc)Unser Ziel ist jetzt, diese Punkte möglichst schnell institutionell zu verankern.

Gott hab dich selig Stefan

bei den Marburgern gibt's

AGIT 2

Universität & Kapital:
Technokratische Hochschulreform

98 S. ca. 2,-

SDS Marburg/Lahn PF 1727

VOLLZUG DER ZIVILHAFT

258 - Begriff

(1) Zivilhaft ist die von Gerichten angeordnete Haft, die als Ordnungsstrafe wegen Ungehorsams oder Ungebühr, als Sicherungshaft zur Sicherung einer gefährdeten Zwangsvollstreckung oder eines vom Gesetz befohlenen Verhaltens oder als Erzwingungshaft zur Erzwingung eines vom Gesetz befohlenen Verhaltens ausgesprochen wird.
(2) Die Zivilhaft ist keine Strafhaft nach § 18 StGB. Die besonderen Vorschriften für den Vollzug von einfacher Haft gelten entsprechend, soweit sich nicht aus den folgenden Vorschriften anderes ergibt.

259 - Vorauszahlung und Erneuerung der Haftkosten

Bei Sicherungshaft nach §§ 918 und 933ZPO sowie bei Erzwingungshaft nach § 390 Abs. 2 und nach §§ 888, 889 und 901 ZPO wird der Festgenommene in einer Vollzugsanstalt nur aufgenommen und behalten, wenn die Haftkosten von der betreibenden Partei gemäß §911 ZPO mindestens für einen Monat voraus bezahlt sind und für die nachfolgende Zeit die Zahlung der Haftkosten jeweils rechtzeitig erneuert wird. Dies gilt nicht, wenn der betreibenden Partei das Armenrecht bewilligt ist oder wenn der Vollzug der Haft aufgrund der Entscheidung eines Gerichts in Arbeitssachen erfolgt oder auf Antrag einer Behörde oder einer Stelle angeordnet wurde, die nach § 2 des Gerichtskostengesetzes Kostenfreiheit genießt.

260 - Unterbringung. Einzelhaft. Gemeinschaftshaft

(1) Der Zivilhaftgefangene ist von Untersuchungs- und Strafgefangenen sowie von Verwahrten getrennt zu halten und wird in Einzelhaft untergebracht. Mit seinem Einverständnis kann er an gemeinsamen Veranstaltungen in der Anstalt teilnehmen und bei dem Aufenthalt im Freien, bei dem Unterricht oder bei ähnlichen Anlässen und beim Gottesdienst mit anderen Gefangenen zusammengebracht werden.
(2) Wenn nach ärztlicher Feststellung aufgrund des körperlichen oder geistigen Zustandes des Zivilhaftgefangenen gegen die Unterbringung in Einzelhaft Bedenken bestehen oder die räumlichen Verhältnisse der Anstalt dies erfordern, kann der Anstaltsleiter Gemeinschaftshaft mit anderen Zivilhaftgefangenen gestatten. Gemeinschaftshaft mit Untersuchungs- oder Strafgefangenen ist nurmit Einverständnis des Zivilhaftgefangenen zulässig (§ 907 ZPO). Die Zustimmung des Gerichts ist einzuholen, wenn es ausdrücklich Einzelhaft angeordnet hatte.
(3) Zivilhaft, die gegen einen Untersuchungs- oder Strafgefangenen oder gegen einen Verwahrten als Ordnungsstrafe angeordnet und in Unterbrechung der Untersuchungs- oder Strafhaft oder der Verwahrung zu vollziehen ist, kann in Gemeinschaftshaft mit anderen Gefangenen gleicher Art vollzogen werden, wenn das Gericht keine gegenteilige Anordnung getroffen hat.
(4) Fürdie Unterbringung von Zivilhaftgefangenen sind möglichst besser ausgestattete und mit größeren Fenstern versehene Räume in der Anstalt bereitzustellen; dies gilt nicht im Falle des Absatzes 3. Die Gefangenen können zum Reinigen und Ordnen des Haftraumes herangezogen werden.

261 - Durchsuchung

Nr. 229 Abs. 1 gilt entsprechend.

262 - Kleidung. Wäsche. Bettwäsche. Entbehrliche Gegenstände

Der Anstaltsleiter darf das Tragen eigener angemessener Kleidung und Wäsche, die Benutzung eigener Bettwäsche und das Belassen entbehrlicher Gegenstände nur versagen, soweit die Rücksicht auf Sicherheit und Ordnung der Anstalt dies erfordert. Soweit Kleidungs- oder Wäschestücke ergänzt oder gewechselt werden müssen, können sie in der Anstalt abgegeben und dort abgeholt werden; ein Anstaltsbediensteter sieht in Gegenwart des Zivilhaftgefangenen die Sachen durch.

263 - Selbstverpflegung. Einkauf

(1) Wenn keine besonderen Gründe entgegenstehen und für Kostendeckung durch den Zivilhaftgefangenen gesorgt ist, soll ihm auf sein Verlangen Selbstverpflegung gestattet werden; sie darf den Rahmen einer vernünftigen Lebensweise nicht übersteigen. Für den Einkauf von Zusatznahrungs- oder Genußmitteln, von Gegenständen des persönlichen Bedarfs und von Tabakwaren in vernünftigen Umfange kann auch das Eigengeld des Zivilhaftgefangenen verwendet werden. Das gleiche gilt für Kräftigungsmittel, die jedoch nur mit Genehmigung des Anstaltsarztes beschafft werden dürfen. Geistige Getränke sind verboten. Selbstverpflegung und Einkauf werden von der Anstalt vermittelt; das Mitbringen oder Zusenden durch Angehörige oder andere Personen ist unzulässig.
(2) Bei Zivilhaft, die als Ordnunungsstrafe verhängt wurde sind Selbstverpflegung und Einkauf unzulässig.

264 - Arbeit. Selbstbeschäftigung

(1) Der Zivilhaftgefangene ist zur Arbeit nicht verpflichtet. Die Teilnahme an den in der Anstalt eingeführten Arbeiten ist ihm aber unter Belehrung über die günstige Wirkung der Arbeit auf die körperliche und geistige Gesundheit und über die Arbeitsbelohnung nahezulegen. Auf Wunsch ist ihm geeignete Arbeit zuzuweisen; dann gelten die allgemeinen Bestimmungen für Arbeit und Arbeitsbelohnung mit der Maßgabe, daß die Arbeitsbelohnung in voller Höhe als Hausgeld gutgeschrieben wird. Eine Bestrafung wegen Nichterreichens des vorgeschriebenen Tagewerkes ist unzulässig; die Arbeit darf jedoch nicht zur Unzeit niedergelegt werden.
(2) Mit Genehmigung des Anstaltsleiters darf sich der Zivilgefangene, der an der Anstaltsarbeit nicht teilnimmt, in einer mit den Raumverhältnissen und der Sicherheit und Ordnung der Anstalt verträglichen Weise selbst beschäftigen und die dazu nötigen Gegenstände auf eigene Kosten durch Vermittlung der Anstalt anschaffen. Dasselbe gilt für die Selbstbeschäftigung in der Freizeit für den Zivilgefangenen, der tagsüber an der Anstaltsarbeit teilnimmt. Die Selbstbeschäftigung darf von der Zahlung der Haftkosten nicht abhängig gemacht werden.

265 - Briefverkehr

Der Briefverkehr ist zeitlich nicht beschränkt und wird nicht überwacht, es sei denn, daß das Gericht dies angeordnet hat. Die Benutzung eigenen Briefpapiers ist gestattet.

266 - Besuchsverkehr

(1) Abgesehen von Sonderbesuchen werden wöchentlich nicht mehr als zwei Besuche während der für die Anstalt vorgesehenen Sprechzeiten erlaubt. Die Besuchszeit soll in der Regel eine halbe Stunde betragen. Die Besuchserlaubnis erteilt der Anstaltsleiter.
(2) Für die Überwachung des Besuchs gilt Nr. 265 entsprechend.

267 - Ärztliche Behandlung

(1) Der Zivilhaftgefangene kann sich auf eigene Kosten innerhalb der Anstalt von einem anderen Arzt als dem Anstaltsarzt behandeln lassen. Ist zur Behandlung durch einen anderen Arzt eine Ausführung erforderlich, so gilt Nr. 268 Abs. 2 entsprechend.
(2) Bei der Aufnahme und Entlassung wird der Zivilhaftgefangene vom Anstaltsarzt untersucht; Nr. 199 Abs. 2 gilt entsprechend.

268 - Vorführung. Ausführung

(1) Beantragt der Zivilhaftgefangene seine Vorführung zum Gericht, um die Handlung vorzunehmen oder die Erklärung abzugeben, zu deren Erzwingung, Erwirkung oder Erreichung die Zivilhaft angeordnet wurde, so ist der Antrag unverzüglich dem zuständigen Gericht vorzulegen.
(2) Die Ausführung eines Zivilhaftgefangenen durch einen Bediensteten in Zivilkleidung ist mit Zustimmung des Gerichts, das die Zivilhaft angeordnet hat, zulässig, wenn der Zivilhaftgefangene bereit und in der Lage ist, die durch die Ausführung entstehenden Kosten zu zahlen. In Eilfällen ist die Zustimmung des Gerichts telefonisch einzuholen.

269 - Hausstrafen

(1) Als Hausstrafen sind zulässig
1. Verweis bei unbotmäßigem Verhalten geringerer Art;
2. Beschränkung oder Entziehung der nach Nrn. 262 bis 266 gewährten Rechte bis zur Dauer von einem Monat, wenn damit Mißbrauch getrieben wurde; Nr. 264 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt;
3. Arrest bis zu zwei Wochen bei schweren Verstößen gegen die Sicherheit und Ordnung der Anstalt.

(2) Für das Verfahren bei der Verhängung von Hausstrafen gelten die allgemeinen Bestimmungen dieser Vollzugsordnung.

270 - Zuständigkeit des Anstaltsleiters

(1) Abgesehen von den Fällen, in denen die Zustimmung des Gerichts einzuholen ist, trifft der Anstaltsleiter alle Entscheidungen hinsichtlich des Vollzuges der Zivilhaft.
(2) Wenn sich aus dem Aufnahmeersuchen für einen Zivilhaftgefangenen eindeutig ergibt, ob es sich bei der angeordneten Zivilhaft um eine Ordnungsstrafe, Sicherungshaft oder Erzwingungshaft handelt, so hat der Anstaltsleiter dies zu prüfen und auf dem Aufnahmeersuchen zu vermerken; im Zweifel ist bei dem Gericht anzufragen, das die Zivilhaft angeordnet hat.

DIE RECHTSSTELLUNG DES UNTERSUCHUNGSHÄFTLINGS

Wichtige Gerichtsentscheidungen:

1. Zur Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei der Untersuchungshaft.
BVerfG, 14.3. 1967, 1 BvR 533/66 in: NJW 67, 871
BVerfG, 14.3. 1967, 1 BvR 742/65 in: NJW 67, 1019

2. Einem Untersuchungshäftling kann auch dann nicht verwahrt w., den Text der UVollzO durch eine Buchhandlung oder den Verlag zu beziehen, wenn die Gefahr besteht, daß der Häftling die dadurch gew. Kenntnis von den einz. Bestimmungen dazu benutzen wird, um unbegr. oder querulatorische Eingaben zu machen.
OLG Saarbrücken, 15.12.65, Ws 180/65, in: JBl Saar 66, 296

3. Einem Untersuchungsgefangenen darf der Empfang von Lebensmittelpaketen grundsätzlich nicht versagt werden.
OLG Frankfurt, 10.10.66, 3 Ws 457/66, in: NJW 67, 166

4. Die Beschränkung des Schriftverkehrs eines Untersuchungshäftlings ist erst nach vorheriger Warnung zulässig.
KG, 8.5.68, 1 Ws 167/68 in: JR 68, 309

5. Der Fernsprechverkehr von Untersuchungsgefangenen mit Personen außerhalb der Anstalt muß eine Ausnahme bleiben, darf aber andererseits auch nicht auf seltene oder dringende Ausnahmefälle beschränkt werden.
OLG Frankfurt, 19.1.67, 3 Ws 18/67 in: NJW 67, 1384

6. Dem Untersuchungsgef. kann nicht verwehrt werden, sich den Text der UhaftvollzugsO auf eigene Kosten zu beschaffen; dagegen hat er keinen Anspruch darauf, die Dienst- und Vollzugsordnung im vollen Wortlaut kennen zu lernen.
OLG Stuttgart, 24.7.68, 1 Ws 122/68 in: Justiz 68, 263

7. Das Grundrecht der Informationsfreiheit wird durch den Strafvollzug nicht eingeschränkt. Damit steht es in Widerspruch, wenn Nr. 62 UVollzO das Halten einer Tageszeitung als eine Vergünstigung behandelt und Nr. 129 IV UVollzO den Bezug einer Tageszeitung grundsätzlich nur aus dem Hausgeld gestattet.
OLG Bremen, 10.4.68, WAs 7/68 in: NJW 68, 1642

Herausgegeben von der REPUBLIKANISCHEN HILFE
6 Frankfurt/Main
Wilhelm-Hauff-Str. 5
Tel.: 776068 (Vorwahl-Nr. 0611)
Konto: Dresdner Bank, Ffm., 282880

FREISPRECHUNGSFEIER = AUGENWISCHEREI

Heute dürfen wir feiern, daß wir drei Jahre gelernt haben, irgendeine stumpfsinnige Arbeit zu verrichten und die Schnauze zu halten, während sich der Präsident der IHK. Dietz, und seine Clique von Industriebonzen die Hände reiben, noch mehr bereitwillige und anpassungsfähige "Arbeitstiere" herangezogen zu haben, die diesen Geldsäcken noch mehr Profite erschuften sollen; darf einer von uns, dem Nervenmühle Lehrzeit total zermahlen hat, sich dafür auch noch bedanken. Die große Masse von uns, die diesen hirnverbrannten Leistungszwang mit Widerwillen, aber ohnmächtig, weil unorganisiert, über sich ergehen lassen mußte. hat auch heute die Schnauze zu halten.

Die Bonzen wollen uns vormachen, mit dem Ende der Lehrzeit beginne ein neuer "Lebensabschnitt", die Eingliederung in die "Betriebsfamilie".

Wir aber sind in der Lehrzeit nicht umsonst darauf dressiert worden, ungefragt Befehle auszuführen und dem Meister in den Arsch zu kriechen.

Damit dieses System funktioniert, muß es Lehrlinge so gefügig machen, daß sie als Arbeiter willenlos Anweisungen ausführen, sinnlose und langweilige Arbeit machen, weiterhin überflüssige Arbeitszeit damit verbringen, nutzloses Zeug zu produzieren, das sie den Kapitalisten auch noch abnehmen müssen.(z.B. werden in Autos TVerschleissteile eingebaut, damit ein Argeiter, der sich das Auto von seinem sauer verdienten Lohn abgespart hat, bereits nach wenigen Jahren wieder ein neues kaufen muß)

WIR MÜSSEN UNS ALSO SELBST BESCHEISSEN!

Das kann nur dadurch geändert werden, daß wir selbst bestimmen wie und was produziert wird.

Die Parteibonzen von CDU, SPD, und FDP werden uns heute erzählen, daß es notwendig wäre, die Berufsausbildung zu verbessern, sie werden uns nette Geschichten über den Rechtsstaat und das Parlament auftischen, sie werden reden über "soziale Gerechtigkeit" und "Partnerschaft im Betrieb", sie werden reden , reden, reden... und wenn sie nicht gestorben sind, dann reden sie noch morgen.

Die Kapitalistenbüttel in Parteien und Staatsbürokratie, die Miliarden für Rüstung zum Fenster rausschmeissen (Miliarden, die wir erarbeiten), die Notstandsgesetze verabschieden zur Bekämpfung von Arbeiteraufständen, die Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten niederknüppeln lassen, die den Werkschutz (die Betriebs-SS) unterstützen, die mit Steuergeldern (zum Beispiel Gelder für Zechenstillegung, von denen sich die Wirtschaftsbosse einen schönen Urlaub finanzieren) den Geldsäcken ihre Profite sichern, die uns vorgaukeln, bei uns gäbe es Demokratie und soziale Gerechtigkeit, und in Wirklichkeit Unterdrückung und Ausbeutung damit meinen, verdammen uns zu lebenslangem Stumpfsinn, damit sie allein bestimmen können.

Und heute sitzen wir mit denen an einem Tisch, die uns gestern ausgenommen haben und die uns morgen ausnehmen werden und spielen große Familie. Diese Geldsäcke werden uns "braven Jungs" gönnerhaft auf die Schulter klopfen, auf daß wir uns der Ausbeutung besser fügen. Das zeigt aber auch, wie nötig sie uns brauchen zur Profitscheffelei.

WENN WIR NICHT MEHR MITMACHEN, FLIEGT DIE GANZE HERRSCHENDE CLIQUE AUF !!!!!!!!!!

Und weil wir es uns nicht länger bieten lassen, daß unsere Interessen mit Füssen getreten werden, pfeifen wir auf die Bürokraten und werden ihnen gemeinsam einen heißen Empfang bereiten.

DER KAMPF GEGEN DIESES FREISPRECHUNGSFEIER IST DER ERSTE SCHRITT ZUR ORGANISIERUNG DES WIDERSTANDES GEGEN DIE AUSBEUTER-KLASSE. DIESEN MIST MACHEN WIR NICHT MEHR LÄNGER MIT, WIR SPRECHEN UNS SELBER FREI!

PROJEKTGRUPPE LEHRLINGE UND JUNGARBEITER DER SOZIALISTISCHEN STADTTEILBASISGRUPPEN!
WIR TREFFEN UNS JEDEN MONTAG UM 19 UHR IM CLUB VOLTAIRE KLEINE HOCHSTRASSE 5.